

Einladung

Stadt Erlangen

Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb

6. Sitzung • Dienstag, 18.11.2014 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

1. Mitteilungen zur Kenntnis
- 1.1. Anfrage von Frau Stadträtin Grille in der Sitzung des BWA am 16.09.2014;
volle Mülleimer vor der Baustelle an der Grundschule Tennenlohe 63/016/2014
Kenntnisnahme
- 1.2. Operatives Zentrum - Neubau Funktionsbau (Zustimmungsverfahren);
Maximiliansplatz 1; Fl.-Nrn. 433, 587/12, 587/13;
Az.: 2014-798-ZV 63/017/2014
Kenntnisnahme
2. Änderung der Satzung über die Herstellung von Kraftfahrzeugstell-
plätzen und Fahrradabstellplätzen 30-R/015/2014
Gutachten
3. Baumaßnahme EB 77: Neubau Verwaltungsgebäude mit Sozialtrakt
und Pforte mit Winterdienstbüro, Vorentwurf nach DA-Bau 5.4 EB77/002/2014/1
Gutachten
4. **Bauaufsichtsamt - Bauvoranfragen negativ**
- 4.1. Errichtung einer Terrassenüberdachung;
Zeppelinstraße 10; Fl.-Nrn. 1732/2, 1712/1;
Az.: 2014-908-VO 63/015/2014
Beschluss
- 4.2. Anbau an das bestehende Einfamilienhaus;
Henkestraße 63a; Fl.-Nr. 1998/5;
Az.: 2014-647-VO 63/018/2014
Beschluss
5. **Amt für Gebäudemanagement**
- 5.1. Mittelbereitstellung zugunsten Amt 52 für IP-Nr. 424F.400 Neubau
Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum (BBGZ) 242/037/2014
Gutachten

Haushaltsberatungen 2015 - Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt

6.	Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2015; 1. Neufassung - Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom November 2014	113/002/2014 Gutachten
7.	Anträge zum Haushalt	
7.1.	Fraktionsantrag 173/2014 zum Arbeitsprogramm 2015: Baumaß- nahme Jugendtreff Innenstadt und Bauabschnitt V des E-Werks Die Unterlagen werden nachgereicht.	24/004/2014 Beschluss
7.2.	Fraktionsantrag 216/2014 zum Haushalt 2015: Sanierung Schul- toiletten Realschule am Europakanal	24/005/2014 Beschluss
7.3.	Fraktionsantrag 161/2014 vom 21. Oktober 2014 zum Haushalt 2015; Antrag zum Arbeitsprogramm; Einbau eines Aufzuges am CEG Erlangen	24/006/2014 Beschluss
7.4.	Fraktionsanträge 217/2014 und 202/2014 zum Haushalt 2015: Sanierung Freibad West / Neubau Hallenbad	24/007/2014 Beschluss
7.5.	Fraktionsantrag 198/2014 vom 21. Oktober 2014 zum Haushalt 2015: Sanierung Pavillon an der "Riviera"	24/008/2014 Beschluss
7.6.	Fraktionsantrag 177/2014 zum Arbeitsprogramm 2015: Bürgerhaus für Kriegenbrunn	24/009/2014 Beschluss
7.7.	Fraktionsanträge 163/2014 und 202/2014 zum Haushalt 2015: Realisierung des Begegnungszentrums Erlangen West (Büchenbach)	24/010/2014 Beschluss
7.8.	Vereinsräume für Eltersdorf - Fraktionsantrag 197/2014	241/013/2014 Beschluss
7.9.	Machbarkeitsuntersuchung des Theaterquartiers zur Optimierung der vorhandenen Flächen - Fraktionsantrag 167/2014	241/014/2014 Beschluss
7.10.	SPD-Fraktionsantrag Nr. 183/2014 hier: Antrag zum Arbeitsprogramm / Radabstellanlagen	66/029/2014 Beschluss
7.11.	Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 205/2014 hier: Erhöhung eingestellter HH-Positionen / 541.841 - Verbesserung Radwege	66/030/2014 Beschluss

- | | | |
|-------|---|---------------------------|
| 7.12. | Kreuzung Frauenaauracher Straße / Gundstraße / Am Hafen
hier: Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 224/2014 | 66/031/2014
Beschluss |
| 7.13. | Vorziehen bereits eingestellter Projekte
hier: Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 202/2014 | 66/032/2014
Beschluss |
| 7.14. | Vorziehen bereits eingestellter Projekte
hier: erlanger linke Fraktionsantrag Nr. 239/2014 vom 20.10.2014 | 66/033/2014
Beschluss |
| 7.15. | Vorziehen bereits eingestellter Projekte
hier: erlanger linke Fraktionsantrag Nr. 203/2014 | 66/034/2014
Beschluss |
| 8. | Haushalt 2015 - Änderungsanträge Ergebnishaushalt / Finanz-
haushalt / Investitionsprogramm | VI/013/2014
Beschluss |
| 9. | Fachamtsbudgets, Stellenplan und Arbeitsprogramme 2015 | |
| 9.1. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015
des Bauaufsichtsamtes (Amt 63);
siehe Arbeitsprogramm 2015 in gebundener Form; Seite 319 - 324 | 63/019/2014
Beschluss |
| 9.2. | Fachamtsbudget des GME, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015 | 241/010/2014
Beschluss |
| 9.3. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015
des Tiefbauamtes
(Amt 66) siehe Arbeitsprogramm 2015 in gebundener Form ab Seite
325 - 331 | 66/028/2014
Beschluss |
| 10. | Anfragen | |

Hinweise:

Es wird darum gebeten, die bereits verteilten Haushaltsunterlagen

- Haushaltsentwurf 2015
- den Band Arbeitsprogramme 2015
- die aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2015
- die Verwaltungsvorlagen zum Stellenplan 2015

zur Sitzung mitzubringen.

Es ist kein nichtöffentlicher Sitzungsteil vorgesehen, nachdem derzeit keine nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkte zur Behandlung in dieser Sitzung vorliegen.

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 11. November 2014

STADT ERLANGEN
gez. Dr. Florian Janik
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
VI/63

Verantwortliche/r:
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
63/016/2014

Anfrage von Frau Stadträtin Grille in der Sitzung des BWA am 16.09.2014; volle Mülleimer vor der Baustelle an der Grundschule Tennenlohe

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----	-------------	------------

Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Kenntnisnahme	
--	------------	---	---------------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Am 23.09.2014 wurde eine Kontrolle der Mülleimer durchgeführt. Eine Überfüllung war nicht ersichtlich. Es wurde lediglich Bauschutt in den dafür vorgesehenen Containern vorgefunden. Die Baustelle war abgegrenzt. Das Gebäudemanagement wurde telefonisch benachrichtigt.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
VI/63

Verantwortliche/r:
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
63/017/2014

**Operatives Zentrum - Neubau Funktionsbau (Zustimmungsverfahren);
Maximiliansplatz 1; Fl.-Nrn. 433, 587/12, 587/13;
Az.: 2014-798-ZV**

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

im Rahmen des Baugesuchs:

Stadtplanung; Tiefbauamt; Grundstücksentwässerung; Immissionsschutz; Erlanger Stadtwerke AG; Denkmalschutz

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Errichtet werden soll ein Neubau mit zwei Unter- und fünf oberirdischen Geschossen und einem durchgängigen 6. Geschoss mit überwiegend Technikräumen. Geplant sind OP- und Untersuchungs- und Behandlungsräume, 42 Intensivbetten, Büro-, Personal- und Unterrichtsräume (314 Studierende) für den Klinik- und Universitätsbetrieb. Auf dem Nordende zum Maximiliansplatz hin ist der Hubschrauberlandeplatz vorgesehen, für den ein luftrechtliches Verfahren durch die Reg. von Mittelfranken noch durchzuführen ist. Der Rauminhalt beträgt ca. 167.000 m³, die Baukosten sollen ca. 176 Mio. € betragen. Durch den Neubau wird mit dem bereits errichteten Chirurgischen Bettenhaus die Neuordnung und Sanierung der Chirurgischen Klinik komplettiert.

Der Neubau wird auf der Westseite parallel zum vorhandenen neuen Chirurgischen Bettenhaus an der Östlichen Stadtmauerstraße errichtet. Für ihn werden das "Bettenhaus" und weitere Gebäude auf dem Gelände beseitigt, dem wurde bereits 2013 zugestimmt.

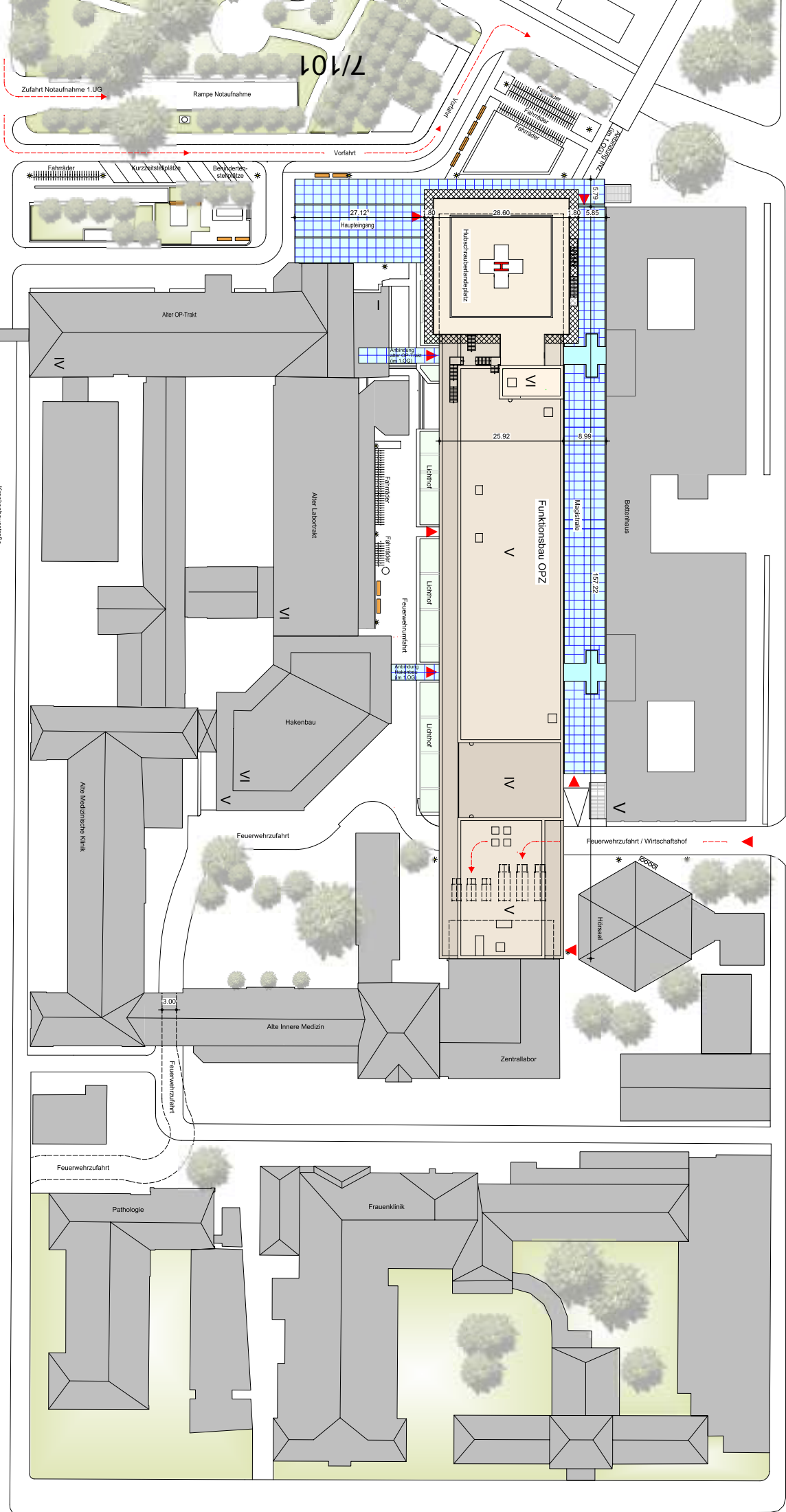
Gegen das Vorhaben bestehen keine Bedenken, das Gemeindliche Einvernehmen kann erteilt werden.

Anlage: Lageplan

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

7/101



Ö 1.2

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/30-R; VI/63

Verantwortliche/r:
Rechtsabteilung; Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
30-R/015/2014

Änderung der Satzung über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	19.11.2014	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Amt 61

I. Antrag

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen (Stellplatzsatzung, StS), (Entwurf vom 21.10.2014, Anlage) wird beschlossen.

II. Begründung

Die Stellplatzsatzung der Stadt Erlangen ist das wesentliche Instrument zur Bemessung des notwendigen Stellplatzbedarfs von Vorhaben im Sinne des Art. 47 Bayerische Bauordnung (BayBO). Die Satzung ist am 31.05.2010 erlassen worden und wurde letztmalig durch die Änderungssatzung vom 02.07.2013 angepasst. Die der Stellplatzsatzung angehängte Richtzahlenliste legt fest, wie viele Stellplätze bei den jeweiligen Vorhabensarten erforderlich sind.

Diese Richtzahlenliste hat sich in der Praxis bewährt und es wird empfohlen, sie in dieser Form beizubehalten. Eine Ergänzung wird jedoch im Bereich der Wohnnutzungen vorgeschlagen, um dem Problem der sehr eingeschränkten Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken:

Die Richtzahlenliste soll um die Ziffer 1.10 „geförderte Mietwohnungen“ erweitert werden. Der Schlüssel beträgt hier 0,5 Stellplätze je Wohneinheit und ist somit, verglichen mit den nicht geförderten Wohnungen, um 50 % gemindert. Durch diesen vergünstigten Stellplatzschlüssel sollen die Rahmenbedingungen für öffentlich geförderte Mietwohnungen deutlich verbessert werden.

Anlagen: Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen vom 21.10.2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Satzung zur Änderung der Satzung
über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen
und Fahrradabstellplätzen (Stellplatzsatzung, StS)**

Art. 1

Die Satzung der Stadt Erlangen über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen (Stellplatzsatzung, StS) vom 31. Mai 2010 i.d.F. vom 02. Juli 2013 (Die amtlichen Seiten Nr. 12 vom 10. Juni 2010 und Nr. 14 vom 11. Juli 2013) wird wie folgt geändert:

In der Richtzahlenliste (Anlage 1 zu § 2 Abs. 1 StS) wird nach Ziff. 1.9. folgende Ziff. 1.10 angefügt:

1.10	Geförderte Mietwohnungen	0,5 Stellplätze je Wohnung 2 Fahrradabstellplätze je Wohnung	Nur bei einer Belegungsbindung von mindestens 25 Jahren und einer Sicherung der Zweckbindung durch Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten der Stadt Erlangen. Endet die Bindung vorzeitig, entsteht die Stellplatzpflicht nach Maßgabe der Ziffer 1.2.
------	--------------------------	---	--

Art. 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/EB77

Verantwortliche/r:
III/EB77

Vorlagennummer:
EB77/002/2014/1

Baumaßnahme EB 77: Neubau Verwaltungsgebäude mit Sozialtrakt und Pforte mit Winterdienstbüro, Vorentwurf nach DA-Bau 5.4

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	11.11.2014	Ö	Gutachten	
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.11.2014	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

242, Amt 20 (Kenntnisnahme)

I. Antrag

- Der Vorentwurfsplanung für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Sozialtrakt und einer Pforte mit Winterdienstbüro zur Nutzung durch den EB 77 und zwei zusätzlichen Stockwerken auf dem Verwaltungsgebäude zur gesamtstädtischen Nutzung auf dem Betriebsgelände des EB 77 wird zugestimmt.
Sie soll der Entwurfsplanung zugrunde gelegt werden. Die weiteren Planungsschritte sind zu veranlassen.
- Im Wirtschaftsplan 2014 sind Finanzmittel von 2.656.000,- € enthalten. Der EB 77 meldet die zusätzlich benötigten Mittel von 2.646.000,- € im Wirtschaftsplan 2015 an.
- Amt 24/GME wird beauftragt, die zusätzlichen geschaffenen Flächen im 2. und 3. OG nach Fertigstellung zum noch festzulegenden Mietpreis dauerhaft anzumieten.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Erneuerung der bautechnisch maroden und energetisch unzureichenden Gebäude Verwaltungsaltbau und Sozialtrakt.
- Integration des Sachgebietes 773-1 Grünplanung in Räumlichkeiten auf dem Betriebsgelände des EB 77.
- Optimierung des Raumkonzeptes unter Beachtung arbeitsrechtlicher Vorgaben.
- Gewährleistung einer effizienten Verwaltung im EB 77.
- Schaffung zusätzlicher Büroflächen (500 m² mit ca. 30 Arbeitsplätzen) auf 2 Stockwerken zur gesamtstädtischen Nutzung.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

3.1 Ausgangssituation

Die Verwaltungsanteile des EB 77 sind auf dem Betriebsgelände in der Stintzingstr. 46/46a auf zwei Gebäude verteilt. Während bei Gebäude A (Baujahr: 1991) kein Baubedarf besteht, ist der Verwaltungsaltbau, (Gebäude B, Baujahr: 1961) in einem baulich und energetisch schlechten Zustand (vgl. Maßnahmenliste Energiewende), und es besteht organisatorischer Änderungsbedarf (Anordnung und Zuschnitt der Büroräume). Aufgrund der veralteten und maroden Bausubstanz ist eine Sanierung unwirtschaftlich und nicht sinnvoll.

Außerdem ist das Sachgebiet 773-1 Grünplanung räumlich ausgelagert und belegt mit 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Büroflächen in der Michael-Vogel-Str. 4, bei Amt 34. Zur Verbesserung der räumlichen Situation in Amt 34 und zur Optimierung der Arbeitsabläufe ist eine Verlegung des Sachgebietes auf das Betriebsgelände EB 77 zwingend notwendig.

Der Sozialtrakt (Baujahr: 60er Jahre) erfüllt die operativen Anforderungen, ist aber energetisch in einem nicht akzeptablen Zustand (vgl. Maßnahmenliste Energiewende).

Auf den Beschluss des Werkausschusses Nr. EB77/013/2013 vom 16.04.2013 wird verwiesen. Hier wurde das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie für die bauliche Neuorganisation der Verwaltungsnutzungen auf dem Gelände des EB77 vorgestellt. Im Ergebnis wurde die Verwaltung beauftragt die Umsetzung der Variante 2 c weiterzubearbeiten. Inhalt der Variante 2c war der Abbruch des Bestandsgebäudes der Verwaltung (Gebäude B) und des Pausenraumes am Gebäude A, der Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Standort Sozialtrakt unter Einbeziehung der Büroflächen aus der Michael-Vogel-Str. 4 und ein Minimal-Ersatzbau im Bereich Pforte.

Zum bis hier aufgezeigten Planungsstand wurden das Gutachten im Werkausschuss am 22.07.14 und der Beschluss im Stadtrat am 24.07.14 zum Vorentwurf nach DA-Bau 5.4 **nicht** gefasst.

Stattdessen wurde die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob mit der Baumaßnahme, über den Bedarf des EB 77 hinaus, Büroflächen zur gesamtstädtischen Nutzung geschaffen werden können. Die Prüfung ergab, dass eine Aufstockung um zwei weitere Stockwerke mit einer zusätzlichen Fläche von ca. 500 m² mit ca. 30 Arbeitsplätzen möglich ist. Ein konkreter Fachbereich als Nutzer für diese Flächen wurde noch nicht festgelegt.

In der Referentenbesprechung vom 25.09.14 wurde durch OBM festgelegt, dass die Variante mit der Aufstockung um zwei zusätzliche Stockwerke den Gremien zum Beschluss vorgelegt werden soll. Zur Finanzierung der dadurch entstehenden Kosten soll ein Anmietbeschluss gefasst werden.

3.2 Vorentwurfskonzept

Die Variante 2c aus der Machbarkeitsstudie wurde bis zur Vorentwurfsreife weiterbearbeitet und nach der Festlegung vom 25.09.14 um zwei zusätzliche Stockwerke ergänzt. Der Vorentwurf beinhaltet folgende Bestandteile:

Errichtung eines **viergeschossigen Bürogebäudes** mit Vollunterkellerung am Standort des jetzigen Pausenraumanbaus mit einer 2-geschossigen Gebäudeanbindung an das Gebäude A mit Büroräumen für 53 Arbeitsplätze.

Im Kellergeschoss werden Umkleide-, Sozial- und Technikräume untergebracht.

Das Erdgeschoss erhält einen separaten, repräsentativen Kundeneingang für die Nutzungen mit Publikumsverkehr (Bürgerbüro Abfallwirtschaft), den Pausenraum mit Teeküche sowie die Räume für den Betriebsarzt, die Arbeitssicherheit und die Fachkraft Schadstoffsammlung. Weitere Büroräume der Werkleitung und der Abteilungen 771, 772 und 773 werden im 1. Obergeschoss untergebracht.

Im 2. und 3. Obergeschoss entstehen Büroräume für ca. 30 Arbeitsplätze sowie Funktionsräume (Besprechungsräume, Kopierräume, Teeküche usw.) die durch den EB 77 an GME vermietet und gesamtstädtisch, also z.B. durch ein Amt oder durch einen Fachbereich, genutzt werden.

Der Neubau wird mit einem Personenaufzug ausgestattet, der durch die Verbindung des Neubaus mit Gebäude A die notwendige Barrierefreiheit sowohl des Neubaus als auch des Gebäudes A sicherstellt.

Errichtung eines **Pfortenneubaus** mit einem Pfortenraum und einem Meisterbüro.

Die Machbarkeitsstudie, Variante 2c hatte grundsätzliche Überlegungen zu Standortfragen zum Inhalt. Die Vorplanung der letzten Monate setzte sich intensiv mit konkreten technischen Details auseinander unter Einbeziehung von Fachplanungen der Haustechnik und Statik. Folgende Abweichungen, bzw. Weiterentwicklungen zur Machbarkeitsstudie werden empfohlen:

- Zusätzliche Anbindung des Verwaltungsneubaus an das Sozialgebäude A mittels „Brücke“ zum Zweck der Herstellung der Barrierefreiheit auch im Bestand. Des Weiteren können so die Bestands-WCs für Herren mitgenutzt werden, im Neubau werden keine Herren-WCs erforderlich.
- Zeitgemäße Erhöhung des Energiestandards: Anlehnung an den Passivhausstandard
- Vollunterkellerung statt Teilunterkellerung zur Unterbringung der Technik
- Vergrößerung des Pfortengebäudes u.a. wegen Erhalt der Teilunterkellerung Altbau mit diversen Hausanschlüssen
- Verortung Meisterbüro im neuen Pfortengebäude

Die Vorentwurfsplanung kann der Anlage entnommen werden.

3.3 Zeitlicher Ablauf

Der mit MzK EB77/018/2013 vom 23.07.13 mitgeteilte zeitliche Verlauf der Baumaßnahme kann durch die Verzögerungen in der Beschlussfassung und die wesentliche Erweiterung des Verwaltungsgebäudes nicht eingehalten werden. Sowohl die weiteren Planungsphasen als auch die Bauphase verlängern sich deutlich und sind bis jetzt nur grob abschätzbar:

Beschluss zum Vorentwurf nach DA-Bau 5.4:	Nov. 2014
Entwurfsplanung/Bauantrag:	Februar 2015
Baubeginn:	Sept. 2015
Bauphase:	2016/2017
Fertigstellung:	Frühjahr 2017

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

In der Machbarkeitsstudie Variante 2c wurde eine Kostengrößenordnung i.H.v. 2.656.000 € genannt.

Die Kostenschätzung des ursprünglichen Vorentwurfs (EG + 1 OG) endete bei 3.602.000 €. Grund für die Erhöhung der Kosten sind zum einen die unter Punkt 3.2 genannten Weiterentwicklungen. Des Weiteren erhöhen sich die Honorarkosten um ca. 30 % durch die Novellierung der Honorarordnung im Juli 2013 drastisch.

Die Aufstockung des Verwaltungsgebäudes um zwei Stockwerke führt zu Mehrkosten von 1,7 Mio. €

Damit endet die Kostenschätzung für die nun zu beschließende Variante bei 5.302.000 €

Das Ergebnis der Kostenschätzung kann zu dem derzeitigen Planungsstand nur mit einer Genauigkeit von +/- 20% ermittelt werden.

Investitionskosten:	€ 5.302.000	bei IPNr.: EB 77
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Mit einer geplanten Finanzierung über 30 Jahre (Volltilgung) entstehen jährliche Finanzierungskosten von ca. 260.000 €

Der Anteil für Stadtgrün und Winterdienst beträgt ca. 25 %. Folglich ist der Investitionszuschuss für den EB 77 um 65.000 € aufzustocken.

Die Mehrkosten, die EB 77 durch die Aufstockung zu tragen hat, sind durch gesicherte langfristige Mieteinnahmen zu refinanzieren. Amt 24/GME wird deshalb beauftragt, die zusätzlichen geschaffenen Flächen im 2. und 3. OG nach Fertigstellung dauerhaft anzumieten.

Die Anmietkosten, die das GME für die Anmietung der zusätzlichen Flächen im 2. und 3. Obergeschoss voraussichtlich benötigt, variieren je nach Laufzeit des Mietvertrages:

50 Jahre	78.930 € p. a.	8,22 € je qm NGF
30 Jahre	101.600 € p. a.	10,58 € je qm NGF

Die Finanzierung wird im Detail mit der Kämmerei abgestimmt. In verschiedenen Gewerken kann durch Eigenleistungen des EB 77 die zu finanzierende Summe noch reduziert werden.

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt

2014: 500.000 € für Planung und erste Bauleistungen im Wirtschaftsjahr 2014 sind vorhanden.
2.156.000 € für die Hauptmaßnahme im Wirtschaftsjahr 2015 sind als Verpflichtungsermächtigung (zur Vergabe/Beauftragung der Leistungen) vorhanden.

2015: Zusätzliche Mittel i.H.v. 2.646.000 € werden für den HH 2015 angemeldet
Damit verändert sich aufgrund des überarbeiteten zeitlichen Ablaufs und der Erweiterung der Finanzmittelbedarf folgendermaßen (Summe 5.302.000 €):

- 2014 fallen voraussichtlich Planungskosten i.H.v. 87.000 € an
- 2015: Finanzbedarf 1.815.000 €
- 2015: Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2016 und 2017 sind i.H.v. 3.400.000 € erforderlich, davon entfallen voraussichtlich 2.337.000 € auf 2016 und 1.063.000 € auf 2017
- Diese Zahlen sind in gleicher Höhe im Wirtschaftsplan EB77 enthalten

ab Fertigstellung (vermutlich II. Quartal 2017)
laufende Anmietkosten für die Kernverwaltung, deren Höhe von den tatsächlichen Mehrkosten für die Aufstockung und von der Laufzeit des Mietvertrages abhängt

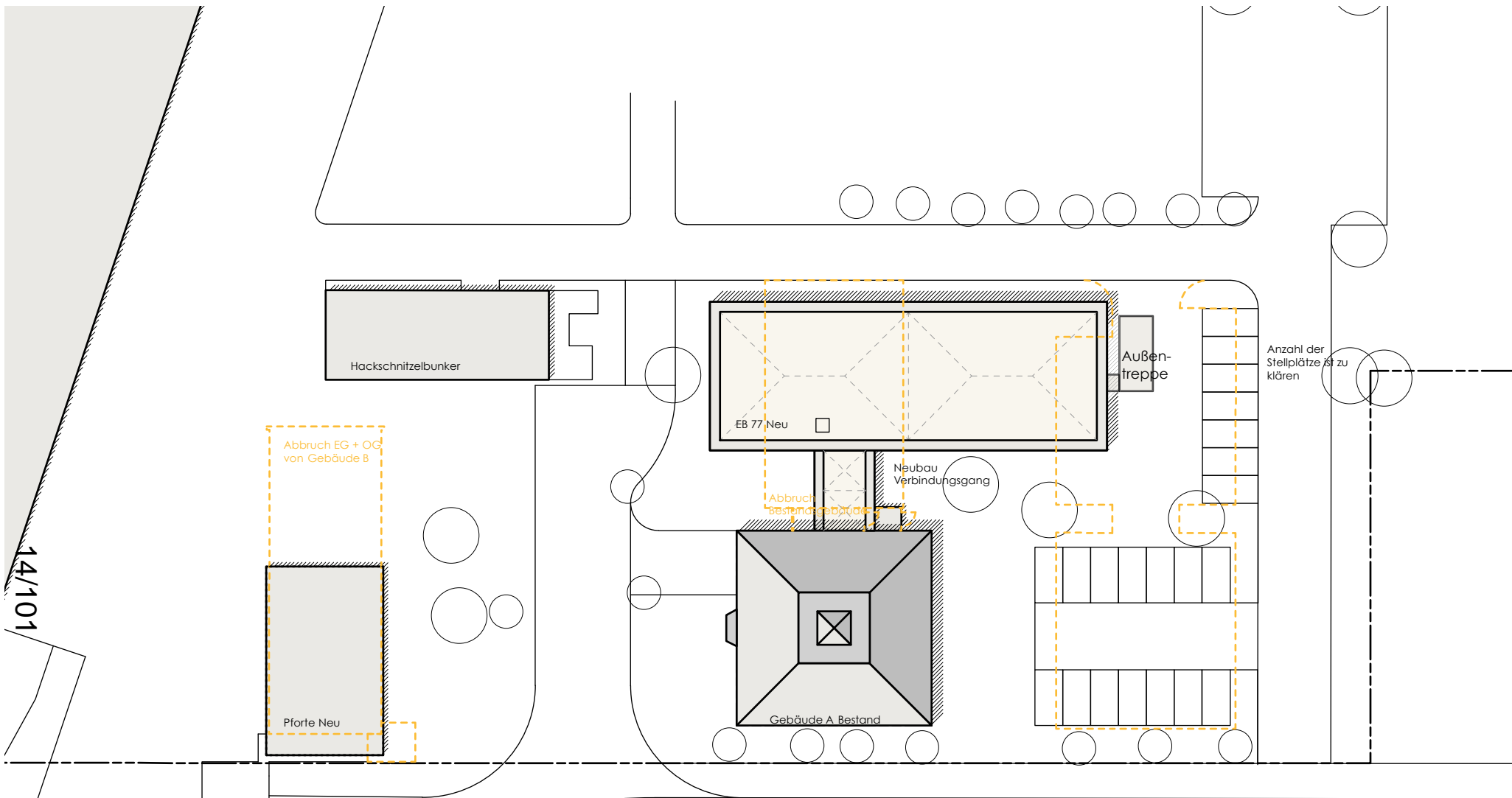
Anlagen: Lageplan und Grundrisse

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

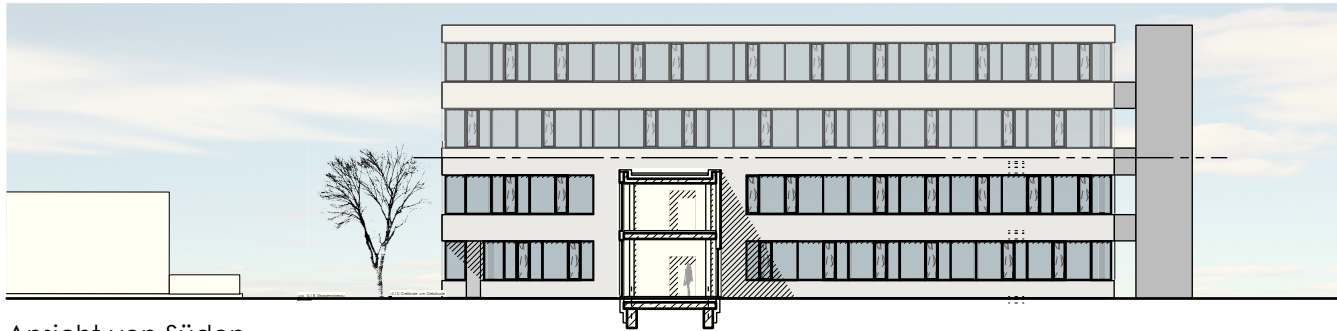
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



14/101

Machbarkeitsstudie Aufstockung EBV-Neubau Verwaltungsgebäude und Pforte		Planinhalt Lageplan	BABLER + LODDE ARCHITEKTEN UND INGENIEURE <small>Waldstraße 4 91074 Herzogenaurach Fon: 09132-788990 Fax: 62292</small>	<table border="1"> <tr> <td>gez</td> <td>Datum</td> <td rowspan="3" style="text-align: center; vertical-align: middle;">MS 1.3.0</td> </tr> <tr> <td>eb</td> <td>25.08.14</td> </tr> <tr> <td>Index</td> <td>M=</td> </tr> <tr> <td>0</td> <td>1:500</td> <td></td> </tr> </table>	gez	Datum	MS 1.3.0	eb	25.08.14	Index	M=	0	1:500	
gez	Datum	MS 1.3.0												
eb	25.08.14													
Index	M=													
0	1:500													



Ansicht von Süden



Ansicht von Norden



Ansicht von Westen

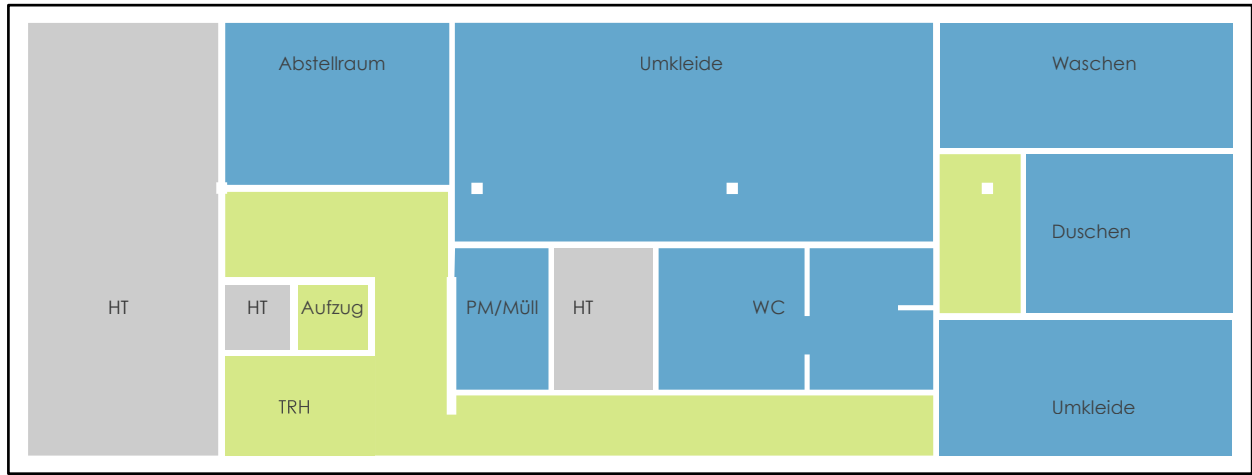
Ansicht von Osten

Machbarkeitsstudie Aufstockung
EBV-Neubau
Verwaltungsgebäude und Pforte

Planinhalt
 Ansichten

BABLER + LODDE
 ARCHITEKTEN UND INGENIEURE
 Waldstraße 4
 91074 Herzogenaurach
 Fon: 09132-788990 Fax: 62292

gez	Datum	MS
eb	25.08.14	
Index	M=	
0	1:400	1.3.6



UG

Neubau

Bürogebäude BGF = 427,34m²

Legende

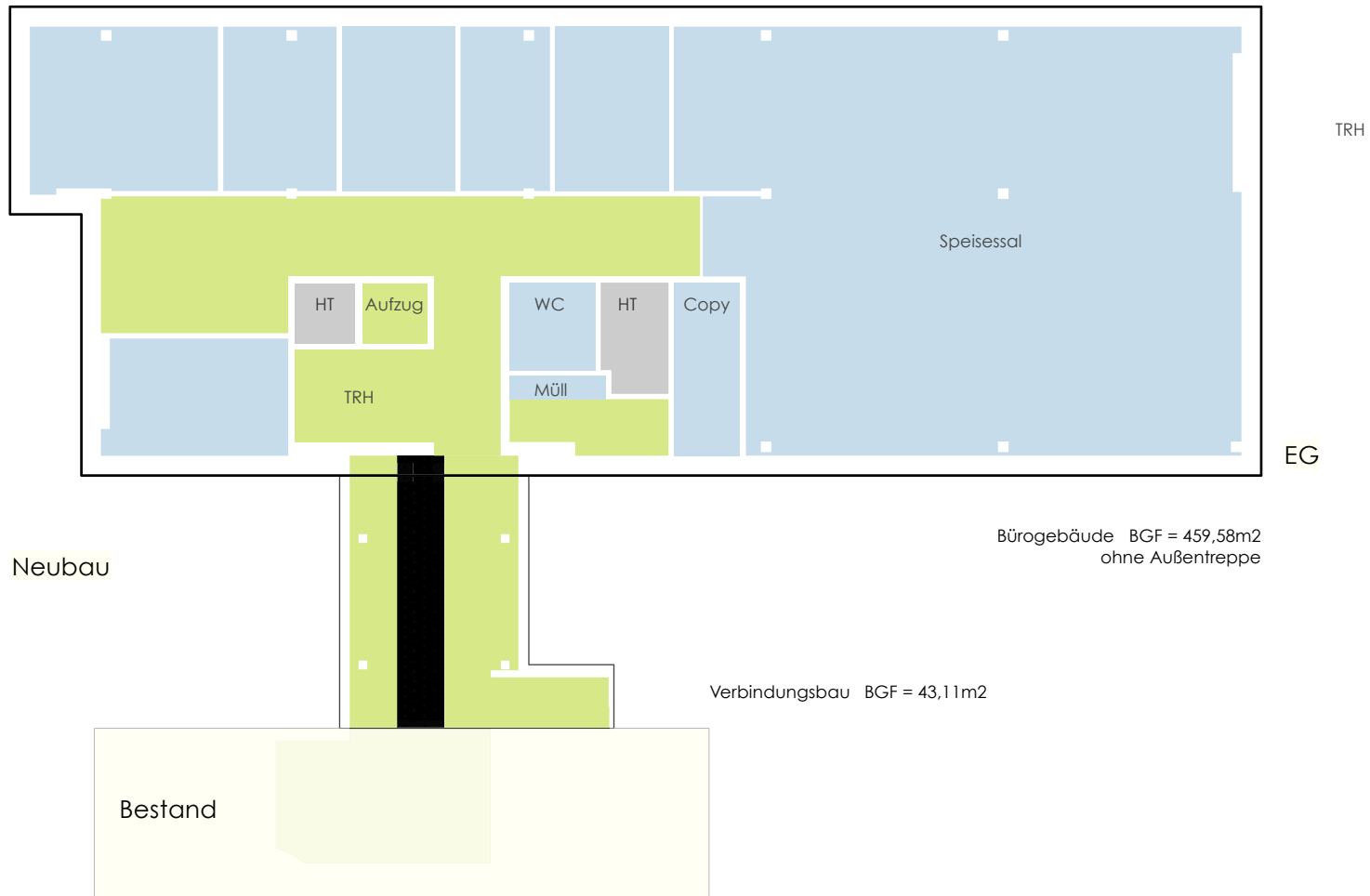
Flächen Vorentwurf (Stand 22.07.14)

Flächen Aufstockung

- NF
- NF, Sonstige
- VF
- TF

<p>Machbarkeitsstudie Aufstockung</p> <p>EBV-Neubau Verwaltungsgebäude und Pforte</p>	<p>Planinhalt</p> <p>Flächen</p>	<p>BABLER + LODDE ARCHITEKTEN UND INGENIEURE</p> <p><small>Waldstraße 4 91074 Herzogenaurach Fon: 09132-788990 Fax: 62292</small></p>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="font-size: 8px;">gez</td> <td style="font-size: 8px;">Datum</td> <td rowspan="3" style="text-align: center; vertical-align: middle;">MS</td> </tr> <tr> <td style="font-size: 8px;">eb</td> <td style="font-size: 8px;">25.08.14</td> </tr> <tr> <td style="font-size: 8px;">Index</td> <td style="font-size: 8px;">M= 1:200</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center; font-size: 12px;">0</td> <td></td> <td style="text-align: center; font-size: 18px;">1.3.1</td> </tr> </table>	gez	Datum	MS	eb	25.08.14	Index	M= 1:200	0		1.3.1
gez	Datum	MS											
eb	25.08.14												
Index	M= 1:200												
0		1.3.1											

17/101



Legende

Flächen
Vorentwurf
(Stand 22.07.14)

Flächen
Aufstockung

- NF
- NF, Sonstige
- VF
- TF

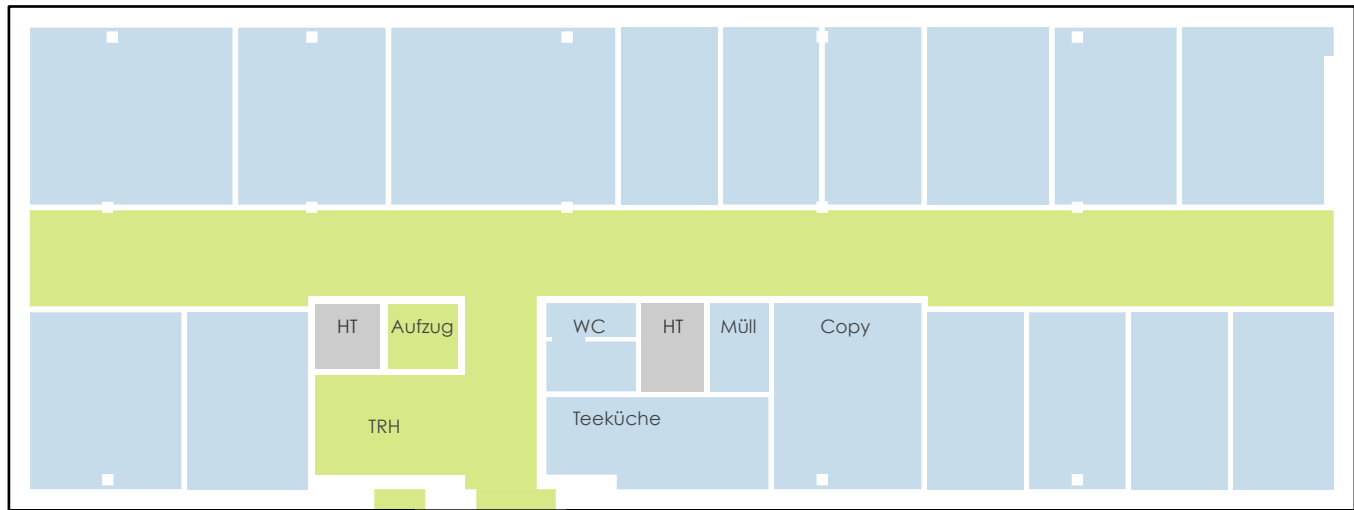
Machbarkeitsstudie Aufstockung
EBV-Neubau
Verwaltungsgebäude und Pforte

Planinhalt
Flächen

BABLER + LODDE
ARCHITEKTEN UND INGENIEURE
Waldstraße 4
91074 Herzogenaurach
Fon: 09132-788990 Fax: 62292

gez	Datum	MS 1.3.2
eb	25.08.14	
Index	M= 1:200	
0		

18/101



OG 1

Neubau

Bürogebäude BGF = 474,61m²
ohne Außentreppe

Verbindungsbau BGF = 38,74m²



Bestand

Legende

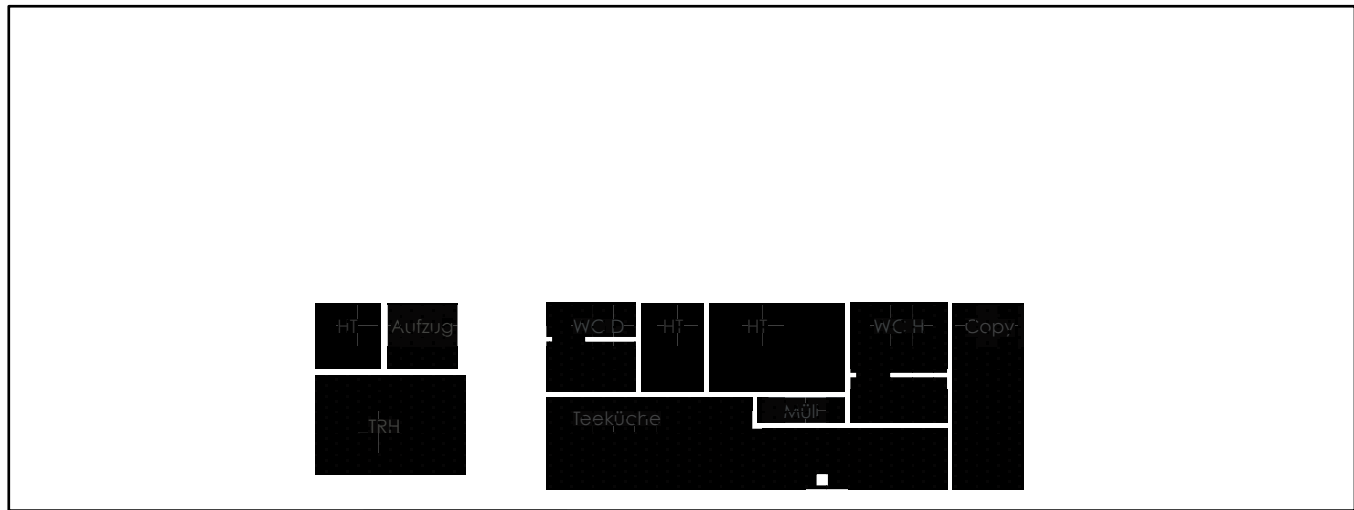
Flächen Vorentwurf (Stand 22.07.14)

Flächen Aufstockung

- NF
- NF, Sonstige
- VF
- TF

<p>Machbarkeitsstudie Aufstockung</p> <p>EBV-Neubau Verwaltungsgebäude und Pforte</p>	<p>Planinhalt</p> <p>Flächen</p>	<p>BABLER + LODDE ARCHITEKTEN UND INGENIEURE <small>Waldstraße 4 91074 Herzogenaurach Fon: 09132-788990 Fax: 62292</small></p>	gez	Datum	<p>MS</p> <p>1.3.3</p>
			eb	25.08.14	
			0	1:200	

19/101



OG 2

Neubau

Bürogebäude BGF = 474,61m²
ohne Außentreppe

Bestand

Legende

Flächen
Vorentwurf
(Stand 22.07.14)

Flächen
Aufstockung

- NF
- NF, Sonstige
- VF
- TF

Machbarkeitsstudie Aufstockung

Planinhalt

EBV-Neubau
Verwaltungsgebäude und Pforte

Flächen

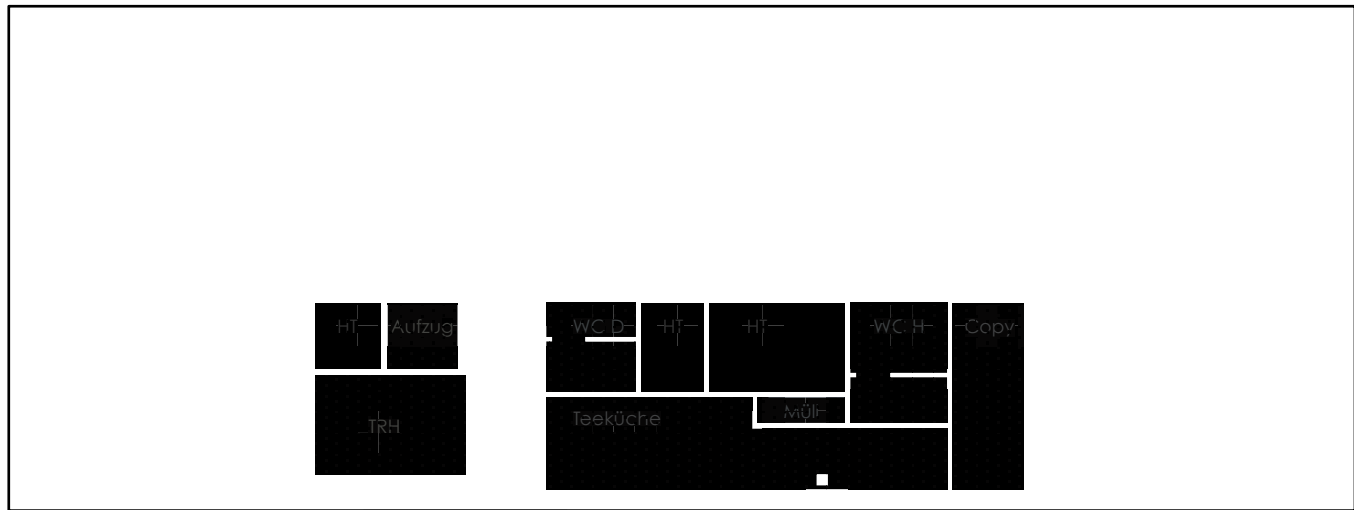
BABLER + LODDE
ARCHITEKTEN UND INGENIEURE
Waldstraße 4
91074 Herzogenaurach
Fon: 09132-788990 Fax: 62292

gez	Datum
eb	25.08.14
Index	M=
0	1:200

MS

1.3.4

20/101



OG 3

Neubau

Bürogebäude BGF = 474,61m²
ohne Außentreppe

Bestand

Legende

Flächen
Vorentwurf
(Stand 22.07.14)

Flächen
Aufstockung

- NF
- NF, Sonstige
- VF
- TF

Machbarkeitsstudie Aufstockung
EBV-Neubau
Verwaltungsgebäude und Pforte

Planinhalt
 Flächen

BABLER + LODDE
 ARCHITEKTEN UND INGENIEURE
 Waldstraße 4
 91074 Herzogenaurach
 Fon: 09132-788990 Fax: 62292

gez	Datum
eb	25.08.14
Index	M=
0	1:200

MS
1.3.5

Erdgeschoss Neubau

Untergeschoss Bestand

Ansichten



Westen



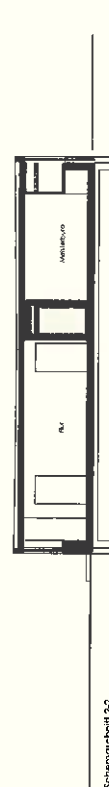
Süden



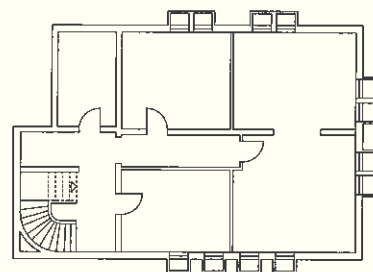
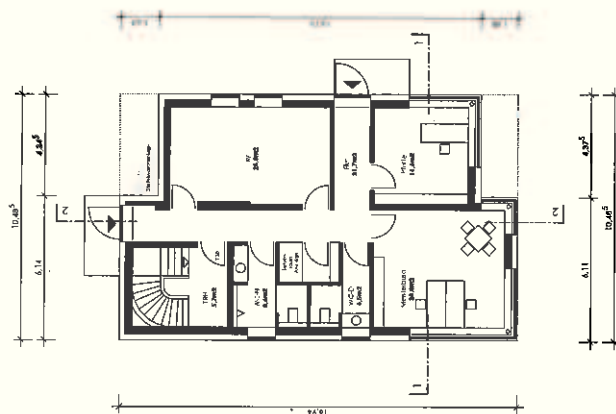
Norden



Osten



Schnitt 32



VORNAME NACHNAME FACHBEREICH	BAUBER LOSE	DATUM	BLATT
		VERFÄHRISSTAG	BLATT

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/63

Verantwortliche/r:
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
63/015/2014

**Errichtung einer Terrassenüberdachung;
Zeppelinstraße 10; Fl.-Nrn. 1732/2, 1712/1;
Az.: 2014-908-VO**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
im Rahmen des Baugesuchs:
Stadtplanung

I. Antrag

Das gemeindliche Einvernehmen für das Bauvorhaben und die erforderliche Befreiung wird nicht erteilt.

Das Bauvorhaben ist bauordnungsrechtlich nicht genehmigungsfähig und abzulehnen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen ruft das Bauvorhaben hervor?)

Bebauungsplan: 181

Gebietscharakter: Allgemeines Wohngebiet (WA)

Widerspruch zum Zulässige Geschossanzahl: III

Bebauungsplan:

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Im Rahmen des Vorbescheides sollte die Frage geklärt werden, ob das Bauvorhaben planungsrechtlich zulässig und genehmigungsfähig ist.

Es handelt sich hier um eine genehmigungspflichtige Überdachung, da die beantragte Pergola durch festinstallierte Elemente geschlossen werden kann.

Die Prüfung des Antrages hat ergeben, dass eine positive Entscheidung nicht möglich ist: Das Vorhaben widerspricht dem Bebauungsplan Nr. 181, da die Geschoszahl III überschritten ist. Eine weitergehende Befreiung als für das IV. Staffelgeschoss erteilt wurde, ist städtebaulich nicht vertretbar. Die Wohnung verfügt bereits über einen erheblichen Dachüberstand. Gegen eine bewegliche Markise (genehmigungsfrei) bestehen keine Bedenken.

Das Bauvorhaben hält die nachbarschützenden Abstandsflächen nach Art. 6 BayBO nicht ein. Eine Abweichung kann nicht in Aussicht gestellt werden. Die Zustimmung der Nachbarn bzw. eine Abstandsflächenübernahme liegt nicht vor.

Das Bauvorhaben ist planungs- und bauordnungsrechtlich nicht zulässig und somit auch nicht genehmigungsfähig.

Das Ergebnis wurde dem Antragsteller vor Erteilung eines rechtsbehelfsfähigen Ablehnungsbescheides mitgeteilt. Es wird eine Entscheidung durch die Mitglieder des Bau- und Werkausschusses gewünscht.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nachbarbeteiligung: Nein.

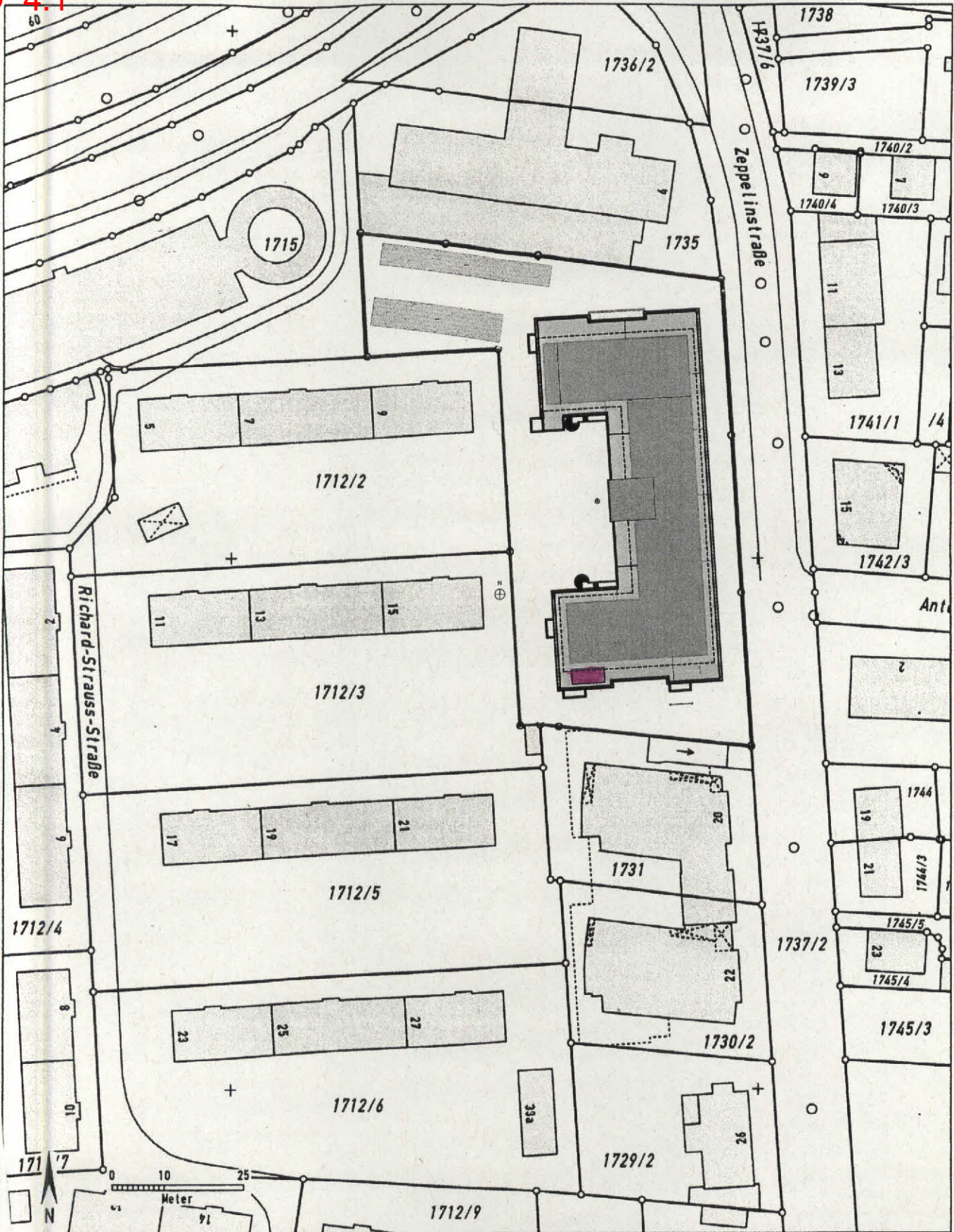
Anlage: Lageplan

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Auszug aus dem Katasterkartenwerk, Maßstab 1:1000, zur Bauvorlage nach §7 Abs.1 der Bauvorlagenverordnung.

Ortsangabe: Erlangen, Flurstück: 1732/2

Vermessungsamt Erlangen, 2.12.2011

Verkehrszeichen: tra va er

Vermessungsamt Erlangen

Nägelsbachstraße 67

91052 Erlangen

Tel. (09131) 306-0

Fax (09131) 306-250

Bei der Darstellung der Grenzen können Veränderungen berücksichtigt sein,
die noch nicht in das Grundbuch übernommen sind.

Gebäudenachweis kann vom örtlichen Bestand abweichen.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/63

Verantwortliche/r:
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
63/018/2014

**Anbau an das bestehende Einfamilienhaus;
Henkestraße 63a; Fl.-Nr. 1998/5;
Az.: 2014-647-VO**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

im Rahmen des Baugesuchs:

Stadtplanung, Vermessung und Bodenordnung, Tiefbauamt, Erlanger Stadtwerke AG, Grundstücksentwässerung

I. Antrag

Der Antrag auf Erteilung eines Vorbescheids wird abgelehnt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen ruft das Bauvorhaben hervor?)

Bebauungsplan: Unbeplanter Innenbereich nach § 34 BauGB

Gebietscharakter: Mischgebiet (MI)

Widerspruch zum Einfügungsgebot hinsichtlich der Geschossigkeit bzw. der Gebäudehöhe ist
Bebauungsplan: nicht beachtet

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Das Baugrundstück ist mit einem Einfamilienhaus an der hinteren Grundstücksgrenze bebaut. Die vordere Grundstücksgrenze zur Henkestraße ist derzeit unbebaut. Der Vorbescheid hat ein eingeschossiges Gebäude zum Gegenstand, das die Baulücke zur Henkestraße schließt und mittels eines Verbindungsbaus, der an der östlichen Grundstücksgrenze entlanggeführt wird, an das vorhandene Gebäude angebaut wird. Das geplante Bauvorhaben befindet sich im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB. Ein Bebauungsplan liegt für das entsprechende Gebiet nicht vor. Voraussetzung für die Zulassung des Bauvorhabens ist, dass es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Das Vorhaben fügt sich jedoch hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung nicht in die Eigenart der näheren Umgebung ein. Zum Maß der baulichen Nutzung gehören die Anzahl der Vollgeschosse eines Gebäudes und die Gebäudehöhe. Die nähere Umgebung des geplanten Bauvorhabens wird durch 4-stöckige Gebäude mit zusätzlich ausgebautem Dachgeschoss und durch 5-stöckige Gebäude geprägt. Die Gebäude schließen dementsprechend mit geringen Unterschieden auf ungefähr der gleichen Höhe ab. Ein nur eingeschossiges Gebäude fällt gegenüber der Nachbarbebauung jedoch deutlich ab, und fügt sich nicht mehr in die Eigenart der Umgebung ein.

Die Antragstellerin will auf Grund ihrer familiären Situation den Wohnraum erweitern. Das vorhandene Gebäude befindet sich auf Grund seiner Situierung an der hinteren Grundstücksgrenze in einer Art „Innenhof“-Situation und wird nach Westen durch die benachbarte höhere Bebauung verschattet. Nach Norden wird das vorhandene Gebäude durch eine Brandwand abgeschlossen, in der Fensteröffnungen nicht zulässig sind. Eine Aufstockung des vorhandenen Gebäudes ist auf Grund der Nachbarbebauung nicht möglich.

Das Vorhaben wird dennoch auf Grund seines deutlichen Nichteinfügens in die Eigenart der näheren Umgebung abgelehnt.

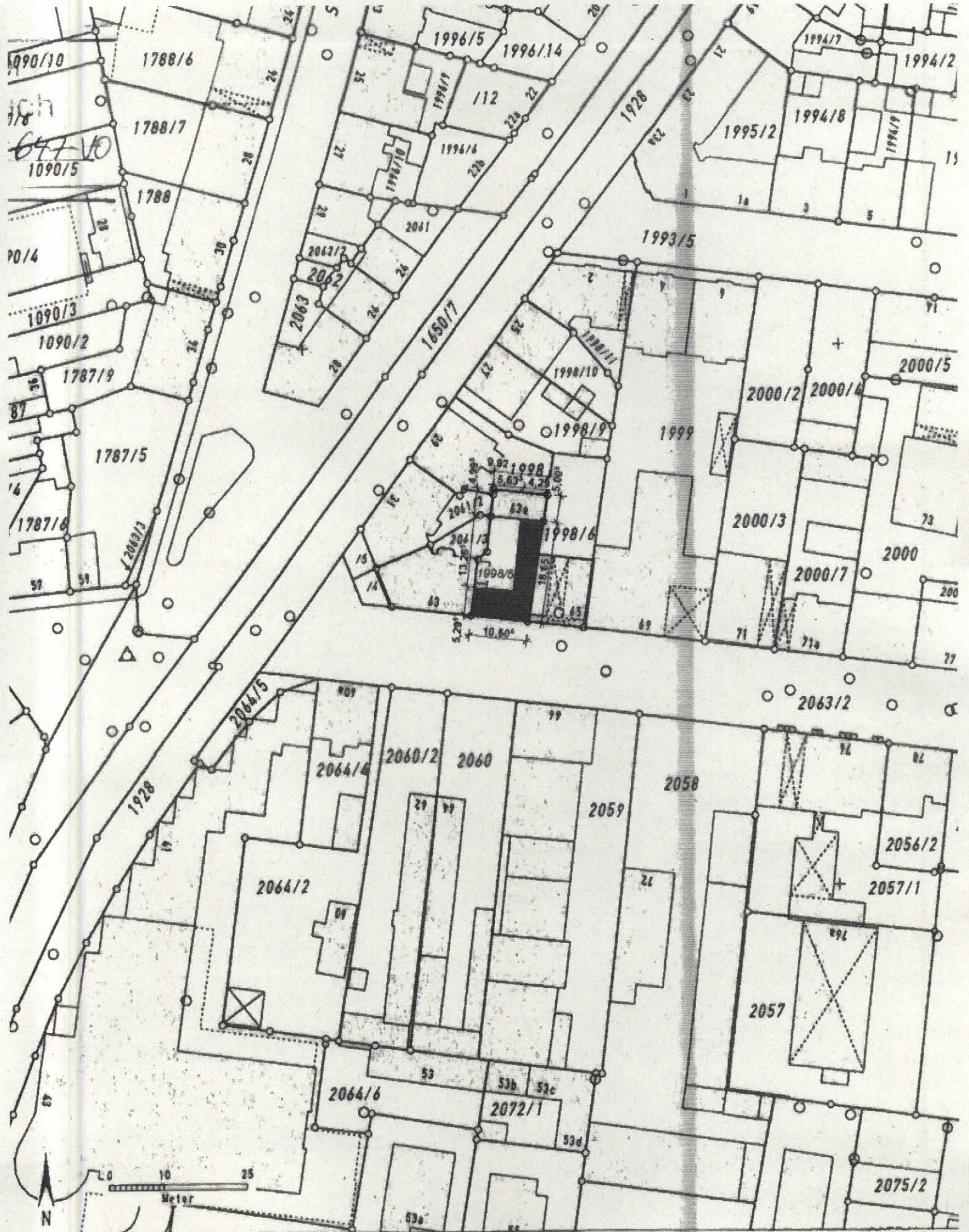
Anlagen: Lageplan
Foto

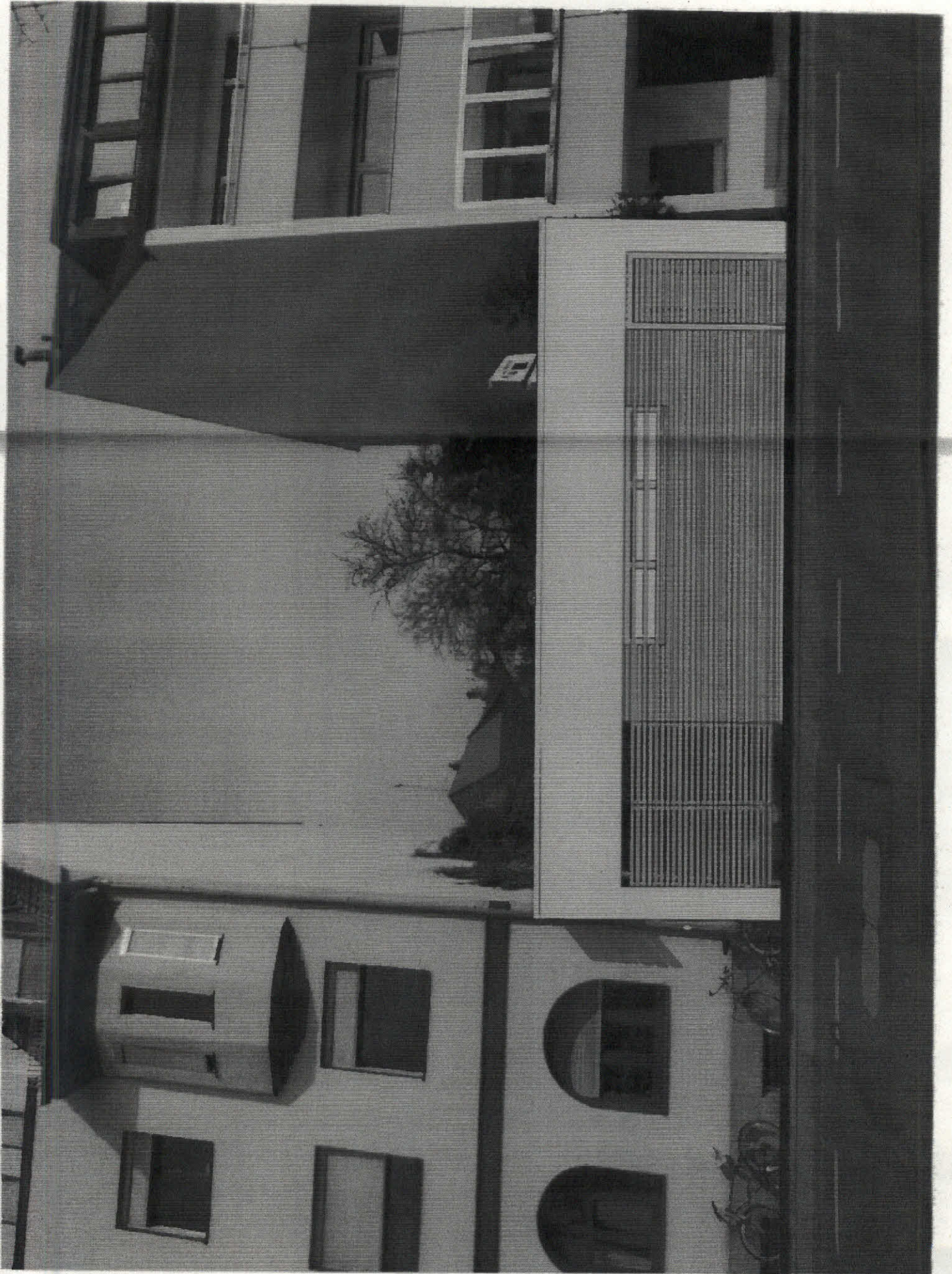
III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang





Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
VI/24

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
242/037/2014

Mittelbereitstellung zugunsten Amt 52 für IP-Nr. 424F.400 Neubau Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum (BBGZ)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sportausschuss	04.11.2014	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	19.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

20, 52

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt!

gez. I.V. Knitl 30.10.2014
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der Auszahlungen um

IP-Nr. 424F.400 Neubau Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum (BBGZ)	Kostenstelle 520090 Allgemeine Kostenstelle Amt 52	Produkt 4241 Leistungen für sonstige Sporteinrichtungen	150.000 € für Sachkonto 035202 Zugänge Gebäude, Aufb. u. Betriebsvor. v. Sport- u. FZA
--	--	--	---

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. 366C.404 Generalsanierung Frankenhof, 1.BA mit Sing- und Musikschule	Kostenstelle 240090 Allgemeine Kostenstelle Amt 24	in Höhe von Produkt 3662 Leistungen für Jugendeinrichtungen	150.000 € bei Sachkonto 032202 Zug. Gebäude, Aufb. u. Betriebsvor. v. soz. Einrichtg.
--	--	---	--

II. Begründung

1. Ressourcen

Die in 2014 benötigten Kassenmittel bei der Maßnahme Neubau Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum (BBGZ) übersteigen den diesjährigen Haushaltsansatz. Zur Begleichung der Forderungen/Preisgelder aus dem Realisierungswettbewerb und den Planungsleistungen des Architekten ist daher eine zusätzliche Mittelbereitstellung in 2014 mit Ansatzkorrektur in 2015 in Höhe von 150.000 EUR notwendig.

Die vorgesehene Deckung zur Vorfinanzierung stammt aus der Maßnahme IP-Nr. 366C.404 Generalsanierung Frankenhof, 1. BA mit Sing- und Musikschule. Hier werden die vorhandenen Mittel für 2014 aufgrund der verschobenen Wettbewerbsauslobung in diesem Jahr nicht vollständig abfließen und erst in 2015 benötigt.

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	---	€
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	300.000,00	€
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	195.751,06	€
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	----	€
Summe der bereits vorhandenen Mittel	495.751,06	€
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung - zusätzlicher Bedarf für Aufträge, die 2014 kassenwirksam werden)	645.751,06	€

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig für das Haushaltsjahr 2014

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €
 Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Temporäre Mittelumschichtung von IP-Nr. 366C.404 Generalsanierung Frankenhof, 1. BA mit Sing- und Musikschule zugunsten IP-Nr. 424F.400 Neubau Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum (BBGZ) in Höhe von 150.000 EUR.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Mittelbereitstellung für IB-Nr.424F.400

Neubau Bürger-, Begegnungs- und Gesundheits-zentrum (BBGZ):

Die für 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel reichen zur Begleichung der Forderungen aus dem Architektenwettbewerb und der Bearbeitung der Objektplanung bis zur Leistungsphase 2 nicht aus.

Begründung: Zur Bearbeitung der Antragstellung im Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ erfolgte umgehend nach Beschluss des Wettbewerbs und anschließendem VOF-Verfahren die Beauftragung der Vorplanung beim Architekten. Aufgrund dieser kurzfristigen Bearbeitung werden nun Mittel bereits im laufenden Jahr benötigt, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans erst in 2015 vorgesehen waren und dort auch aufgeführt sind.

Deckung aus IP-Nr. 366C.404

Generalsanierung Frankenhof, 1. BA mit Sing- und Musikschule 217E.401:

Die Wettbewerbsauslobung hat sich ins Jahr 2015 verschoben, der Mittelbedarf verläuft entsprechend. Die nun im laufenden Jahr vorhandenen Mittel werden daher nicht vollständig ausgegeben und können als Zwischenfinanzierung zur Verfügung gestellt werden. Um dann jedoch den Wettbewerb und auch den entsprechenden Mittelabfluss in 2015 nicht zu behindern, müssen die Mittel im nächsten Jahr der Maßnahme Frankenhof wieder zur Verfügung gestellt werden.

Anlagen:

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Sportausschuss am 04.11.2014

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der Auszahlungen um

IP-Nr. 424F.400 Neubau Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum (BBGZ)	Kostenstelle 520090 Allgemeine Kostenstelle Amt 52	Produkt 4241 Leistungen für sonstige Sporteinrichtungen	150.000 € für Sachkonto 035202 Zugänge Gebäude, Aufb. u. Betriebsvor. v. Sport- u. FZA
--	--	--	---

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. 366C.404 Generalsanierung Frankenhof, 1.BA mit Sing- und Musikschule	Kostenstelle 240090 Allgemeine Kostenstelle Amt 24	in Höhe von Produkt 3662 Leistungen für Jugendeinrichtungen	150.000 € bei Sachkonto 032202 Zug. Gebäude, Aufb. u. Betriebsvor. v. soz. Einrichtg.
--	--	---	--

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Lender-Cassens
Vorsitzende

gez. Klement
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/113

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
113/002/2014

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2015; 1. Neufassung - Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom November 2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

Gem. Aufstellungsverfahren zum Stellenplan alle Referate, Fachämter und Personalrat

I. Antrag

Der Stellenplan der Stadt Erlangen 2015 wird anhand der Verwaltungsvorlage Liste A (1. Neufassung vom November 2014) geändert und ergänzt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

Aufgaben- und bedarfsorientierte Stellenplanung

2. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

Die Ergänzungen und Änderungen werden auf Verwaltungsebene umgesetzt.

3. Haushaltsmittel sind nicht vorhanden.

Anlagen: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom November 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2015

Neufassung

hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom November 2014

für die Sitzung des BWA-HH am 18.11.2014

Inhalt	Seite
1. Vorbemerkungen	<u>2</u>
2. Liste A – neue Planstellen usw.	<u>3</u>

Referat für Personal, Organisation, Brand- und Katastrophenschutz

Ternes

2.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, Stundensperrungen bzw. Stundenentsperrungen

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/Ez	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2014 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2015 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 03.12./ 04.12.14	Beschluss Stadtrat 22.01.15
BWA										
Amt 24										
1.	VI 2422100	1,0	SB Elektrotechnik	EG 11	34.300	68.500	<p>Neuschaffung mit kw-Vermerk zum 31.12.2017: Projektsteuerung von elektrotechnischen Anlagen. Dadurch Entlastung des Personals, welches u.a. durch das Projekt Vierfachsporthalle befristet beansprucht wird. Durch diese Neuschaffung wird ein entsprechendes zbV-Stellenvolumen freigemacht.</p> <p>Refinanzierung: Keine</p>			
2.	VI 2423070	1,0	SB Technik	EG 11	34.300	68.500	<p>Neuschaffung mit kw-Vermerk zum 31.12.2017: Steuerung von Neubauprojekten. Dadurch Entlastung des Personals, welches u.a. durch das Projekt Vierfachsporthalle befristet beansprucht wird. Durch diese Neuschaffung wird ein entsprechendes zbV-Stellenvolumen freigemacht.</p> <p>Refinanzierung: Keine</p>			
3.	StR- Antrag Erlanger Linke	10,0	Reinigungskräfte	EG 1	---	18.900	<p>Neuschaffung <i>Rekommunalisierung der Gebäudereinigung</i></p> <p>Gesperrt bis zum Auslaufen der jeweiligen Fremdvergaben (ca. Gesamtpersonalkosten ab vollständiger Entsperrung: 300.000 €)</p> <p>Anm.: Erst ab August 2016 werden laut Mitteilung von Amt 24 Fremdvergaben auslaufen und es wird die Möglichkeit der Eigenreinigung in einem Volumen von zunächst 1,5 Stellen bestehen</p>			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/Ez	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2014 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2015 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 03.12./ 04.12.14	Beschluss Stadtrat 22.01.15
Amt 66										
4.	VI 6611090		SB Technik	EG 9	---	---	Wegfall des kw-Vermerkes in Höhe von 1,0: Kw-Vermerk wurde angebracht, um eine spätere Be- darfsprüfung vornehmen zu können. Bedarfsprüfung (v.a. Thematik Anlagenbuchhaltung; Bewertung der Straßenbaumaßnahmen) bestätigt bedarf auf Dauer.			

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/24

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
24/005/2014

Fraktionsantrag 216/2014 zum Haushalt 2015: Sanierung Schultoiletten Realschule am Europakanal

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
IV/ 40

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Fraktionsantrag 216/2014 vom 21. Oktober 2014 ist somit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Sanierung der Schultoiletten Realschule am Europakanal

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Zustand der Schultoiletten der Stadt Erlangen wurde in der Vergangenheit untersucht, der daraus resultierende Sanierungsaufwand auf Basis vergleichbarer WC-Anlagen geschätzt und die entsprechenden Sanierungsmaßnahmen zur systematischen Bearbeitung priorisiert.

Aus den Mitteln des Budgets für den Bauunterhalt ist vorgesehen, jährlich mindestens die Toilettenanlagen einer Schule zu sanieren.

Der Aufwand zur WC-Sanierung an der Realschule am Europakanal beträgt ca. 400.000 EUR und ist für 2017 vorgesehen.

3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Sachkosten: 400.000 € bei Sachkonto: 521112

Haushaltsmittel sind in 2015 nicht vorhanden.

Anlagen: Fraktionsantrag 216/2014 der erlanger linke vom 21. Oktober 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 21.10.2014
Antragsnr.: 216/2014
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/24
mit Referat:

Büro: Montags 15 - 18 Uhr

Sprechstunde: " " 17 - 18 Uhr

tel: 09131/86-1789

fax: 09131/86-1791

e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Erlangen, den 20.10.2014

Haushalt: Sanierung Schultoiletten Realschule am Europakanal

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Zum **Investitionsplan** stellen wir den Antrag:

Sanierung der Schultoiletten in der Realschule am Europakanal

Die Verwaltung möge die ungefähren Kosten einsetzen.

Begründung:

Wir empfehlen einen Selbstversuch.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
Stadtrat

Anton Salzbrunn
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/24

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
24/006/2014

Fraktionsantrag 161/2014 vom 21. Oktober 2014 zum Haushalt 2015; Antrag zum Arbeitsprogramm; Einbau eines Aufzuges am CEG Erlangen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt,

- Planungen zur Errichtung eines Aufzuges am Christian-Ernst-Gymnasium (CEG) aufzunehmen sowie
- in den Haushaltjahren 2016 und 2017 die erforderlichen Haushaltsmittel einzustellen.

Der Fraktionsantrag 161/2014 der SPD vom 21. Oktober 2014 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Barrierefreie Erschließung des Christian-Ernst-Gymnasiums

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Anbau eines Aufzuges am CEG

Auf die Vorlage 242/343/2013 und die Beschlussfassung am 19. November 2013 wird verwiesen. Hier wurde damals der Sachbericht zum Einbau eines Aufzuges am Christian Ernst Gymnasium im BWA mit 1 gegen 11 Stimmen nicht zur Kenntnis genommen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Einstellung der erforderlichen Planungs- und Baumittel zur Vorbereitung und Errichtung eines Aufzuges. Die Realisierung soll im Anschluss an die Sanierung des Schulgebäudes erfolgen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: 350.000 € bei IPNr.: neu

Haushaltsmittel sind nicht vorhanden.

Der Bedarf an zusätzlichen Mitteln ist in die Haushaltsberatungen einzubringen.

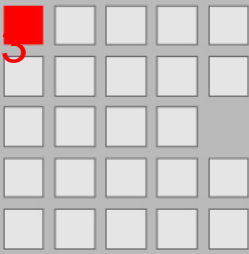
Anlagen: Fraktionsantrag 161/2014 der SPD vom 21. Oktober 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
Antragsnr.: **161/2014**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **VI/24/Hr. Kirschner**
mit Referat:

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Arbeitsprogramm
Einbau eines Aufzugs am Christian-Ernst-Gymnasium (CEG) Erlangen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen den Anbau eines Aufzuges am Christian-Ernst-Gymnasium zur barrierefreien Erschließung des Gymnasiums. Die Planungen sollen zeitnah aufgenommen werden, damit direkt im Anschluss an die Sanierung des CEG mit dem Anbau begonnen werden kann. Zudem sollen in den Haushalt 2016 und 2017 die erforderlichen Mittel (geschätzt 350.000 Euro) eingestellt werden.

Begründung:

Mit großem Engagement hat sich die Schulfamilie des CEG dem Thema Inklusion gewidmet und wünscht, dass ihr Schulgebäude so weit wie möglich barrierefrei umgebaut wird. Da das CEG das einzige musische Gymnasium in Erlangen ist, ist dies unabdingbar. Dies ist auch im Sinne des Konzepts „Barrierefreies Erlangen“, das der Erlanger Stadtrat 2002 beschlossen hat.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-
Fraktion

Datum
21.10.2014

AnsprechpartnerIn
Barbara Pfister

Durchwahl
0176-21326541

Seite
1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/24

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
24/007/2014

Fraktionsanträge 217/2014 und 202/2014 zum Haushalt 2015: Sanierung Freibad West / Neubau Hallenbad

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Fraktionsanträge 217/2014 vom 20. Oktober 2014 und 202/2014 zum Projekt 424.401 vom 21. Oktober 2014 der erlanger linke sind damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Sicherung der Maßnahme und schnellere Realisierung

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der mit der angestrebten, aufgeteilten Mittelverwaltung erwünschte Effekt der Sicherung der Maßnahme ist aus technischer Sicht nicht zielführend. Die engen Verknüpfungen bei beiden Teilmaßnahmen Hallen- und Freibad insbesondere im Bereich der gemeinsamen Wasseraufbereitung, der Haustechnik oder des Umkleide-/Kassenbereichs sollten finanziell ebenso abgebildet und daher als eine Maßnahme geplant, ausgeschrieben und realisiert werden.

Die genaue Finanzaufteilung zwischen der Stadt Erlangen und den Erlanger Stadtwerken ist aktuell in der Abstimmung.

Anlagen: Fraktionsanträge 217/2014 vom 20. Oktober 2014 und 202/2014 zum Projekt 424.401 vom 21. Oktober 2014 der erlanger linke

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 Rathausplatz 1
 91050 Erlangen

1

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
 Antragsnr.: **202/2014**
 Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
 Zust. Referat: **VI/24, VI/66, I/41**
 mit Referat:

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 und nach Vereinbarung

Tel. 09131/86-1789

Fax: 09131/86-1791

E-Mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke.de/>

Erlangen, den 17.10.2014

Haushaltsantrag:

Vorziehen bereits eingestellter HH-Projekte

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Bei zahlreichen Projekten, welche im Haushaltsentwurf eingestellt sind, werden Mittel in 2015 in nicht ausreichender Höhe oder sogar erst für die Folgejahre beantragt. Bei einigen dieser Projekte geschieht dies u. E. grundlos und angesichts der relativ günstigen Finanzierungsprognose für 2015 durchaus auch ungeschickt.

Wir **beantragen** deshalb, folgende Projekte zeitlich vorzuziehen:

424.401: **Sanierung Freibad und Neubau Hallenbad an der Damaschkestraße:** Mit den Baumaßnahmen soll schnellstens begonnen werden. Durch Einsetzen ausreichender Beträge für 2015 und einer Verfügungsermächtigung für 2016 sollen Stadtrat, Stadtverwaltung und Stadtwerke dies sicherstellen.

Begründung: Die Zustände im Freibad West und im Hallenbad Frankenhof sind inzwischen so prekär, dass Ausfälle, die eine Schließung eines Bades erzwingen, befürchtet werden müssen. (Aussage der EStW.) Die Bevölkerung musste bereits zu lange auf die angekündigte Verbesserung der Zustände warten.

541.124: **Universitätsstraße, Ausbau:** Die Maßnahme ist in 2015 zu planen und auch in Angriff zu nehmen (mit Verfügungsermächtigung und Restmitteln in 2016).

Begründung: Die Universitätsstraße gehört zu den am meisten von RadfahrerInnen befahrenen Straßen der Stadt. Bereits heute ist der Oberflächenzustand der Universitätsstraße RadfahrerInnen nicht mehr zumutbar. An einigen Stellen besteht nachts und für sehbehinderte Personen akutes Sturzrisiko durch überraschendes Hineinfahren in Bodensenkungen.

541.812: **Lärmschutz an Autobahnen (A3, A73):** Die Planung und der Baubeginn noch im Jahr 2015 ist durch Einsetzen ausreichender Finanzmittel und einer Verpflichtungsermächtigung sicherzustellen. Für die Folgejahre sind jeweils genügend Mittel einzusetzen, damit zügig weitergebaut werden kann.

Begründung: Im Haushaltsentwurf wird ein diesbezüglicher Beschluss des Beirats für Stadthygiene und Umweltschutz zitiert. Nur wenige MitbürgerInnen wissen noch, dass dieser Beirat der Vorläufer der späteren beratenden Mitglieder im UVPA war

und mit der Einführung der beratenden Mitglieder aufgelöst wurde. Im Beirat waren also Umweltschutz-Fachleute tätig. Der Beschluss muss also bereits aus der Zeit vor 1990 stammen! Wie hat sich die Lärmsituation im Straßenverkehr inzwischen verschlimmert! Insbesondere auch dieses: Die A 73 wurde "heimlich" zu einer 6-spurigen Autobahn ausgebaut. Angeblich verpflichtete eine "Standstreifennutzung" nicht dazu, die AnwohnerInnen vor Lärm zu schützen. Die Gesundheitsschäden bei den Anwohnern geschehen aber unabhängig davon, ob die Kfz mit 80 km/h auf einem regulären Fahrstreifen oder einem "genutzten Standstreifen" fahren.

541.821: **Fuß- und Radweg Bruck – Frauenaaurach**, entlang der Kraftwerkstraße: Durch Einsetzen genügender Finanzmittel für 2015 soll ein frühestmöglicher Baubeginn sichergestellt werden.

Begründung: Erlangen nennt sich "Radfahrerstadt" und hat den Vorsitz im Verband fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern. Die Maßnahme ist für den Kontakt zwischen Bruck und Frauenaaurach sehr wichtig und schafft einen sicheren Weg zur Arbeitsstelle für zahlreiche ArbeitnehmerInnen. Sie ist bereits zu lange geplant als dass sie eine fahrradfreundliche Kommune noch länger hinausschieben könnte.

541.831: **Radwege Adenauerring – Gundstraße:** Es sind genügend Mittel einzusetzen, so dass diese Maßnahme in 2015 durchgeführt oder zumindest begonnen werden kann.

Begründung: Es handelt sich um eine relativ kurze Wegverbindung und damit einen relativ geringen erforderlichen Betrag. Angesichts der zunehmenden Bebauung im Entwicklungsgebiet West und der Arbeitsplatzkonzentration an der Frauenaauracher Straße hat diese Verbindung aber eine hohe Verkehrsbedeutung.

541.834: **Radweg- Umgehung von Eltersdorf, im Regnitztal:** Es sind genügend Mittel einzusetzen, so dass diese Maßnahme in 2015 durchgeführt oder zumindest begonnen werden kann.

Begründung: Wegen der lang anhaltenden Auseinandersetzung mit AnwohnerInnen war die Stadt gezwungen, dieses Vorhaben frühzeitig recht detailliert zu planen und darzustellen. Nachdem nun ein Beschluss des UVPA vorliegt, diese Maßnahme wie geplant zu realisieren, kann die Verwaltung bei den Planungen jetzt "in die Vollen" gehen. Wegen der Gefährdung der Radfahrer in der engen Ortsdurchfahrt von Eltersdorf duldet diese Maßnahme keinen Aufschub mehr.

541.842: **Fuß- und Radweg Bruck – Frauenaaurach, entlang der Bahnlinie zum Hafen:** Durch Einsetzen genügender Finanzmittel für 2015 soll die Planung noch im kommenden Jahr sowie ein frühestmöglicher Baubeginn sichergestellt werden.

Begründung: Erlangen nennt sich "Radfahrerstadt" und hat den Vorsitz im Verband fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern. Die Maßnahme ist für den Kontakt zwischen Bruck und Frauenaaurach wichtig und schafft einen sicheren Weg zur Arbeitsstelle für ArbeitnehmerInnen. Sie ist bereits zu lange geplant als dass sie eine fahrradfreundliche Kommune noch länger hinausschieben könnte. Mit unserem Sachantrag vom September 2014 haben wir aufgezeigt, dass die Maßnahme mit geringem Aufwand durchführbar ist. Man sollte anstreben, dass Martin Scheidig den Erfolg seiner jahrzehntelangen Bemühungen um diese Wegeverbindung möglichst noch erleben kann!

573.406, 573.352: **Begegnungszentrum Erlangen-West:** Es sind für 2015 ausreichende Planungsmittel einzusetzen und der Baubeginn durch eine Verpflichtungsermächtigung sicherzustellen.

Begründung: Dieses Begegnungszentrum wurde als Teil des Komplexes "Nahversorgungszentrum Büchenbach-West" bereits vor langer Zeit geplant. Das

Nahversorgungszentrum (im engeren Sinn) und der darin liegende Rudeltplatz sind seit langer Zeit fertiggestellt. Aus den im Haushaltsentwurf genannten Gründen hat sich das Begegnungszentrum verzögert und muss nun räumlich geringfügig verschoben werden. Das bedingt aber keine generelle Neuplanung des Begegnungszentrums als solches, so dass eine weitere Verzögerung nicht mehr verständlich wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
Stadtrat

Anton Salzbrunn
Stadtrat

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 21.10.2014
 Antragsnr.: 217/2014
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
 Zust. Referat: VI/24
 mit Referat:

Büro: Montags 15 - 18 Uhr

Sprechstunde: " " 17 - 18 Uhr

tel: 09131/86-1789

fax: 09131/86-1791

e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Erlangen, den 20.10.2014

Haushalt: Sanierung Freibad West/Hallenbad sichern

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Zum **Investitionsplan** stellen wir folgende Anträge

Sanierung Freibad West/Hallenbad

1. Eigene IP.Plan-Nummer für Hallenbad West,
2. hälftige Aufteilung der Mittel und Verpflichtungsermächtigungen.
3. Erhöhung der beiden neuen Verpflichtungsermächtigungen auf die jeweils insgesamt geplanten Mittel.

Begründung: Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung soll eine schnellere Vergabe ermöglichen.

Angesichts des Zeitplans „Erst Freibad, dann Hallenbad“ und da die Vergaben für die bereits mehrfach verschobene Sanierung des Freibades zur gleichen Zeit anlaufen, wie für die von uns abgelehnte Profi-Handballhalle, fürchten wir, dass das Hallenbad im Westen auf der Strecke bleibt. Die „normalen SchwimmerInnen“ haben keine finanzkräftige und lautstarke Lobby.

Dies könnte schon bei der Genehmigung des Haushalts passieren, wenn die Regierung die Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen fordern würde.

Durch die Aufteilung in zwei Verpflichtungsermächtigungen würde dann offensichtlicher, welches Bäder-Projekt der Stadtrat schieben will.

Auch wenn die Stadtwerke den Bau refinanzieren sollen, befürchten wir, dass im Jahr 2015 ohne Verpflichtungsermächtigung nur Aufträge in Höhe des Haushaltsansatzes für das Jahr 2015 vergeben werden können. Dies würde dann beide Projekte, zumindest aber das Hallenbad verzögern.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann

Anton Salzbrunn

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/24

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
24/008/2014

Fraktionsantrag 198/2014 vom 21. Oktober 2014 zum Haushalt 2015: Sanierung Pavillon an der "Riviera"

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

II/20: nur zur Kenntnis genommen,
VI/23

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Fraktionsantrag 198/2014 der CSU vom 21. Oktober 2014 ist somit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Erhalt des Einzeldenkmals Pavillon an der „Riviera“

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Finanzmittel standen 2014 im Budget für den Bauunterhalt zur Verfügung.
Der Sanierungsbeginn wurde jedoch aufgrund von Verhandlungen zum Verkauf des Nachbargrundstücks mit etwaigem Einschluss des Pavillongeländes und der beabsichtigten Sanierung des Pavillons durch Privat ausgesetzt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Verkauf des Pavillons ist nach wie vor beabsichtigt. Der Erwerber wird verpflichtet, den Pavillon auf seine Kosten zu erhalten und instand zu setzen. Die Verpflichtung zur Sanierung wird dinglich gesichert (Eintragung einer Reallast ins Grundbuch).

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Mit dem Verkauf soll der städtische Haushalt von den notwendigen Unterhaltsmaßnahmen entlastet werden. Der darüber hinausgehende Verkaufserlös kommt dem Haushalt zugute.

Anlagen: Fraktionsantrag 198/2014 der CSU vom 21. Oktober 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathaus

91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**

Antragsnr.: **198/2014**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **VI/24**

mit Referat: **II/20/Hr. Sponsel**

21. Oktober 2014/AB

Haushalt 2015

hier: Sanierung Pavillon an der „Riviera“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie Sie wissen liegt der Pavillon an der Riviera (Weg an der Ebrardstraße südlich des Meilwalds zwischen Bürgermeistersteg und Schleifmühlstraße), der auf eine vom Erlanger Ehrenbürger Emil Kränzlein am 25. Januar 1911 bei der Stadt Erlangen eingegangene Schenkung von zehntausend Mark zurückgeht, vielen Erlangern sehr am Herzen.

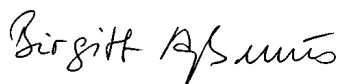
Das Erlanger Volksblatt vom 10. September 1931 bemerkt anerkennend, dass die mit den Geldern von Emil Kränzlein geschaffene Promenade „ausnahmslos den Beifall aller Erlanger findet“. Besondere Erwähnung findet ein Pavillon, der „den Erholungssuchenden bei plötzlich eintretendem Regen Unterschlupf gewähren“ soll.

Diese Stiftung und der Erhalt des inzwischen denkmalgeschützten Kleinods bringt auch Verpflichtungen für die Stadt mit sich.

Im Stadtrat bestand im Zuge einer entsprechenden Anfrage Einigkeit, dass dieses in der Praxis rege genutzte Baudenkmal für die Erlanger Bürger erhalten werden muss. Eine Veräußerung mit Verlust der öffentlichen Nutzbarkeit kommt nicht in Frage.

Wir beantragen, im Haushalt 15.000€ für die denkmalschutzgerechte Sanierung dieses auf die Stiftung von Emil Kränzlein zurückgehenden Pavillons bereitzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Birgitt Aßmus
Fraktionsvorsitzende



Dr. Kurt Höller
stv. Fraktionsvorsitzender



Pia Tempel-Meinetsberger



Uwe Greisinger

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/24

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
24/009/2014

Fraktionsantrag 177/2014 zum Arbeitsprogramm 2015: Bürgerhaus für Kriegenbrunn

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
GeWoBau, I/411

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. mögliche Standorte für das Bürgerhaus Kriegenbrunn auf Basis des vorliegenden Raumkonzepts vom hausverwaltenden Fachbereich prüfen zu lassen und als Grundsatzbeschluss in die Gremien einzubringen und
2. durch den Fachbereich abzuklären, ob das Gebäude durch die GeWoBau (ggf. in Kombination mit Wohnungsbau) errichtet werden kann.

Der Fraktionsantrag 177/2014 der SPD vom 21. Oktober 2014 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Errichtung eines Bürgerhauses in Kriegenbrunn

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Prüfung möglicher Standorte und einer Realisierungsmöglichkeit durch die GeWoBau

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes Mansfeldstraße 1 als Feuerwehr- und Vereinshaus ist im Arbeitsprogramm des GME enthalten. Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR wurden bereits für die Instandsetzung zur Verfügung gestellt. Die Standortanalyse der Nutzergruppen vor Ort ergibt jedoch, dass die bauliche Struktur des Gebäudes den Raumbedarf der Feuerwehr und der örtlichen Vereine nicht deckt. Daher erfolgte bereits die Untersuchung eines Neubaus auf dem Festplatz an der Kriegenbrunner Straße. Die beiden Gebäude Mansfeldstraße 1 und 2 könnten dann veräußert werden.

Von den örtlichen Vereinen wurde ein Nutzungskonzept entwickelt, das von den städtischen Fachämtern (Ämter 41 und 37) zu prüfen ist. Auf dieser Planungsgrundlage muss der Bedarfsnachweis nach DA-Bau 5.3 noch durch die zuständigen städtischen Gremien bestätigt werden.

Eine Realisierung ist grundsätzlich sowohl durch das GME, als auch lt. Aussage der Geschäftsführung durch die GeWoBau möglich. Eine Zuordnung kann jedoch erst nach Festlegung des genauen Planungsinhalts erfolgen.

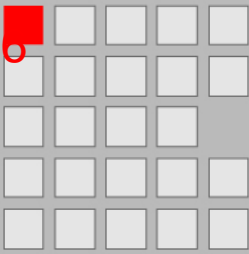
Anlagen: Fraktionsantrag 177/2014 der SPD vom 21.10.2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
Antragsnr.: **177/2014**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **VI/24**
mit Referat: **V/GEWOBAU**

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Arbeitsprogramm
Ein Bürgerhaus für Kriegenbrunn**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit vielen Jahren gibt es in Kriegenbrunn den Bedarf nach einem Bürgerhaus. Viele konkrete Pläne wurden formuliert, jedoch nicht realisiert.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung prüft auf Basis des bei GME vorliegenden Raumkonzepts mögliche Standorte in Kriegenbrunn und bringt diese in den Ortsbeirat und Stadtrat ein.
2. Die GeWoBau prüft ob ähnlich wie beim Projekt Isarstraße 12 der Bau des Hauses durch die GeWoBau erfolgen kann (ggf. in Kombination mit Wohnungsbau).

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-
Fraktion

Datum

21.10.2014

AnsprechpartnerIn

Barbara Pfister

Durchwahl

0176-21326541

Seite

1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/24

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
24/010/2014

Fraktionsanträge 163/2014 und 202/2014 zum Haushalt 2015: Realisierung des Begegnungszentrums Erlangen West (Büchenbach)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Kultur- und Freizeitausschuss	12.11.2014	Ö	Gutachten	
Bildungsausschuss	13.11.2014	Ö	Gutachten	
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I/411, IV/42

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt,

- weitere Planungsschritte unter aktiver Beteiligung der Bürger zur Realisierung des Begegnungszentrums Erlangen West (Büchenbach), wie in der Vorlage dargestellt, zu veranlassen und
- Planungsmittel in Höhe von 150.000 EUR im Haushalt 2015 vorzusehen.

Die Fraktionsanträge 163/2014 und 202/2014 zur Maßnahme Begegnungszentrum West 573.406, 573.352 sind damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Realisierung des Begegnungszentrums als Stadtteilzentrum mit Stadtteilbibliothek und Wohnungen in Büchenbach

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Um die bauplanerischen Möglichkeiten des im Bebauungsplan 411 für Gemeinbedarf vorgesehenen Grundstücks für den Neubau des Begegnungszentrums auszuloten, wurde ein Architekturbüro mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie beauftragt. Die Rahmenbedingungen dieser Voruntersuchung sind mit den Nutzerämtern sowie den Ämtern 23 und 61 im Vorfeld abgestimmt.

Ziel ist die Konzeption des Raumprogramms des Stadtteilzentrums mit Stadtteilbibliothek in einer mehrgeschossigen Bauweise, um zusätzliche Grundstücksflächen für die Bebauung mit Geschosswohnungen zu erreichen. Ein Ergebnis der Machbarkeitsstudie wird bis Anfang des Jahres 2015 erwartet. Die Anlage zeigt erste Dichtevarianten, die über den derzeitigen Bebauungsplan hinausgehen könnten.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie sollen die weiteren Planungsschritte (Architektenwettbewerb, VOF-Verfahren) veranlasst werden.

Seitens der Nutzerämter ist vorgesehen, dass sich die Bürger im Zuge einer extern begleiteten Beteiligung aktiv einbringen können.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: 150.000 € bei IPNr.: NEU

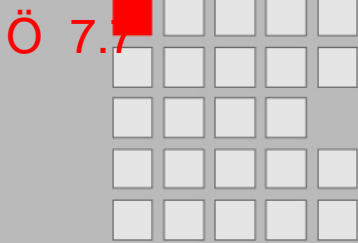
Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsanträge 163/2014 der SPD und 202/2014 zur Maßnahme Begegnungszentrum West 573.406, 573.352 der erlanger linke vom 21. Oktober 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
Antragsnr.: **163/2014**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **IV/41, VI/24**
mit Referat:

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Arbeitsprogramm
Realisierung des Begegnungszentrums Erlangen West (Büchenbach)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit der Planung des Baus des Versorgungszentrums am Rudeltplatz in Erlangen-Büchenbach besteht die Forderung nach der zeitgleichen Errichtung eines Begegnungszentrums in dessen direkter Nachbarschaft. Dort sollen unter anderem auch eine dezentrale Dependence der Stadtbibliothek und Räume für Angebote der VHS entstehen. Anträge dazu legte die SPD-Fraktion seit 2008 beinahe jährlich vor – das Nahversorgungszentrum ist längst in Betrieb.

Wir beantragen daher:

Die bestehenden Pläne werden in Absprache mit den künftigen Nutzern überprüft und gegebenenfalls angepasst und dann zeitnah umgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-
Fraktion

Datum
21.10.2014

AnsprechpartnerIn
Barbara Pfister

Durchwahl
0176-21326541

Seite
1 von 1

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 Rathausplatz 1
 91050 Erlangen

1

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
 Antragsnr.: **202/2014**
 Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
 Zust. Referat: **VI/24, VI/66, I/41**
 mit Referat:

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 und nach Vereinbarung

Tel. 09131/86-1789
 Fax: 09131/86-1791

E-Mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke.de/>

Erlangen, den 17.10.2014

Haushaltsantrag:

Vorziehen bereits eingestellter HH-Projekte

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Bei zahlreichen Projekten, welche im Haushaltsentwurf eingestellt sind, werden Mittel in 2015 in nicht ausreichender Höhe oder sogar erst für die Folgejahre beantragt. Bei einigen dieser Projekte geschieht dies u. E. grundlos und angesichts der relativ günstigen Finanzierungsprognose für 2015 durchaus auch ungeschickt.

Wir **beantragen** deshalb, folgende Projekte zeitlich vorzuziehen:

424.401: **Sanierung Freibad und Neubau Hallenbad an der Damaschkestraße:** Mit den Baumaßnahmen soll schnellstens begonnen werden. Durch Einsetzen ausreichender Beträge für 2015 und einer Verfügungsermächtigung für 2016 sollen Stadtrat, Stadtverwaltung und Stadtwerke dies sicherstellen.

Begründung: Die Zustände im Freibad West und im Hallenbad Frankenhof sind inzwischen so prekär, dass Ausfälle, die eine Schließung eines Bades erzwingen, befürchtet werden müssen. (Aussage der EStW.) Die Bevölkerung musste bereits zu lange auf die angekündigte Verbesserung der Zustände warten.

541.124: **Universitätsstraße, Ausbau:** Die Maßnahme ist in 2015 zu planen und auch in Angriff zu nehmen (mit Verfügungsermächtigung und Restmitteln in 2016).

Begründung: Die Universitätsstraße gehört zu den am meisten von RadfahrerInnen befahrenen Straßen der Stadt. Bereits heute ist der Oberflächenzustand der Universitätsstraße RadfahrerInnen nicht mehr zumutbar. An einigen Stellen besteht nachts und für sehbehinderte Personen akutes Sturzrisiko durch überraschendes Hineinfahren in Bodensenkungen.

541.812: **Lärmschutz an Autobahnen (A3, A73):** Die Planung und der Baubeginn noch im Jahr 2015 ist durch Einsetzen ausreichender Finanzmittel und einer Verpflichtungsermächtigung sicherzustellen. Für die Folgejahre sind jeweils genügend Mittel einzusetzen, damit zügig weitergebaut werden kann.

Begründung: Im Haushaltsentwurf wird ein diesbezüglicher Beschluss des Beirats für Stadthygiene und Umweltschutz zitiert. Nur wenige MitbürgerInnen wissen noch, dass dieser Beirat der Vorläufer der späteren beratenden Mitglieder im UVPA war

und mit der Einführung der beratenden Mitglieder aufgelöst wurde. Im Beirat waren also Umweltschutz-Fachleute tätig. Der Beschluss muss also bereits aus der Zeit vor 1990 stammen! Wie hat sich die Lärmsituation im Straßenverkehr inzwischen verschlimmert! Insbesondere auch dieses: Die A 73 wurde "heimlich" zu einer 6-spurigen Autobahn ausgebaut. Angeblich verpflichtete eine "Standstreifennutzung" nicht dazu, die AnwohnerInnen vor Lärm zu schützen. Die Gesundheitsschäden bei den Anwohnern geschehen aber unabhängig davon, ob die Kfz mit 80 km/h auf einem regulären Fahrstreifen oder einem "genutzten Standstreifen" fahren.

541.821: **Fuß- und Radweg Bruck – Frauenaaurach**, entlang der Kraftwerkstraße: Durch Einsetzen genügender Finanzmittel für 2015 soll ein frühestmöglicher Baubeginn sichergestellt werden.

Begründung: Erlangen nennt sich "Radfahrerstadt" und hat den Vorsitz im Verband fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern. Die Maßnahme ist für den Kontakt zwischen Bruck und Frauenaaurach sehr wichtig und schafft einen sicheren Weg zur Arbeitsstelle für zahlreiche ArbeitnehmerInnen. Sie ist bereits zu lange geplant als dass sie eine fahrradfreundliche Kommune noch länger hinausschieben könnte.

541.831: **Radwege Adenauerring** – Gundstraße: Es sind genügend Mittel einzusetzen, so dass diese Maßnahme in 2015 durchgeführt oder zumindest begonnen werden kann.

Begründung: Es handelt sich um eine relativ kurze Wegverbindung und damit einen relativ geringen erforderlichen Betrag. Angesichts der zunehmenden Bebauung im Entwicklungsgebiet West und der Arbeitsplatzkonzentration an der Frauenaauracher Straße hat diese Verbindung aber eine hohe Verkehrsbedeutung.

541.834: **Radweg- Umgehung von Eltersdorf, im Regnitztal:** Es sind genügend Mittel einzusetzen, so dass diese Maßnahme in 2015 durchgeführt oder zumindest begonnen werden kann.

Begründung: Wegen der lang anhaltenden Auseinandersetzung mit AnwohnerInnen war die Stadt gezwungen, dieses Vorhaben frühzeitig recht detailliert zu planen und darzustellen. Nachdem nun ein Beschluss des UVPA vorliegt, diese Maßnahme wie geplant zu realisieren, kann die Verwaltung bei den Planungen jetzt "in die Vollen" gehen. Wegen der Gefährdung der Radfahrer in der engen Ortsdurchfahrt von Eltersdorf duldet diese Maßnahme keinen Aufschub mehr.

541.842: **Fuß- und Radweg Bruck – Frauenaaurach, entlang der Bahnlinie zum Hafen:** Durch Einsetzen genügender Finanzmittel für 2015 soll die Planung noch im kommenden Jahr sowie ein frühestmöglicher Baubeginn sichergestellt werden.

Begründung: Erlangen nennt sich "Radfahrerstadt" und hat den Vorsitz im Verband fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern. Die Maßnahme ist für den Kontakt zwischen Bruck und Frauenaaurach wichtig und schafft einen sicheren Weg zur Arbeitsstelle für ArbeitnehmerInnen. Sie ist bereits zu lange geplant als dass sie eine fahrradfreundliche Kommune noch länger hinausschieben könnte. Mit unserem Sachantrag vom September 2014 haben wir aufgezeigt, dass die Maßnahme mit geringem Aufwand durchführbar ist. Man sollte anstreben, dass Martin Scheidig den Erfolg seiner jahrzehntelangen Bemühungen um diese Wegeverbindung möglichst noch erleben kann!

573.406, 573.352: **Begegnungszentrum Erlangen-West:** Es sind für 2015 ausreichende Planungsmittel einzusetzen und der Baubeginn durch eine Verpflichtungsermächtigung sicherzustellen.

Begründung: Dieses Begegnungszentrum wurde als Teil des Komplexes "Nahversorgungszentrum Büchenbach-West" bereits vor langer Zeit geplant. Das

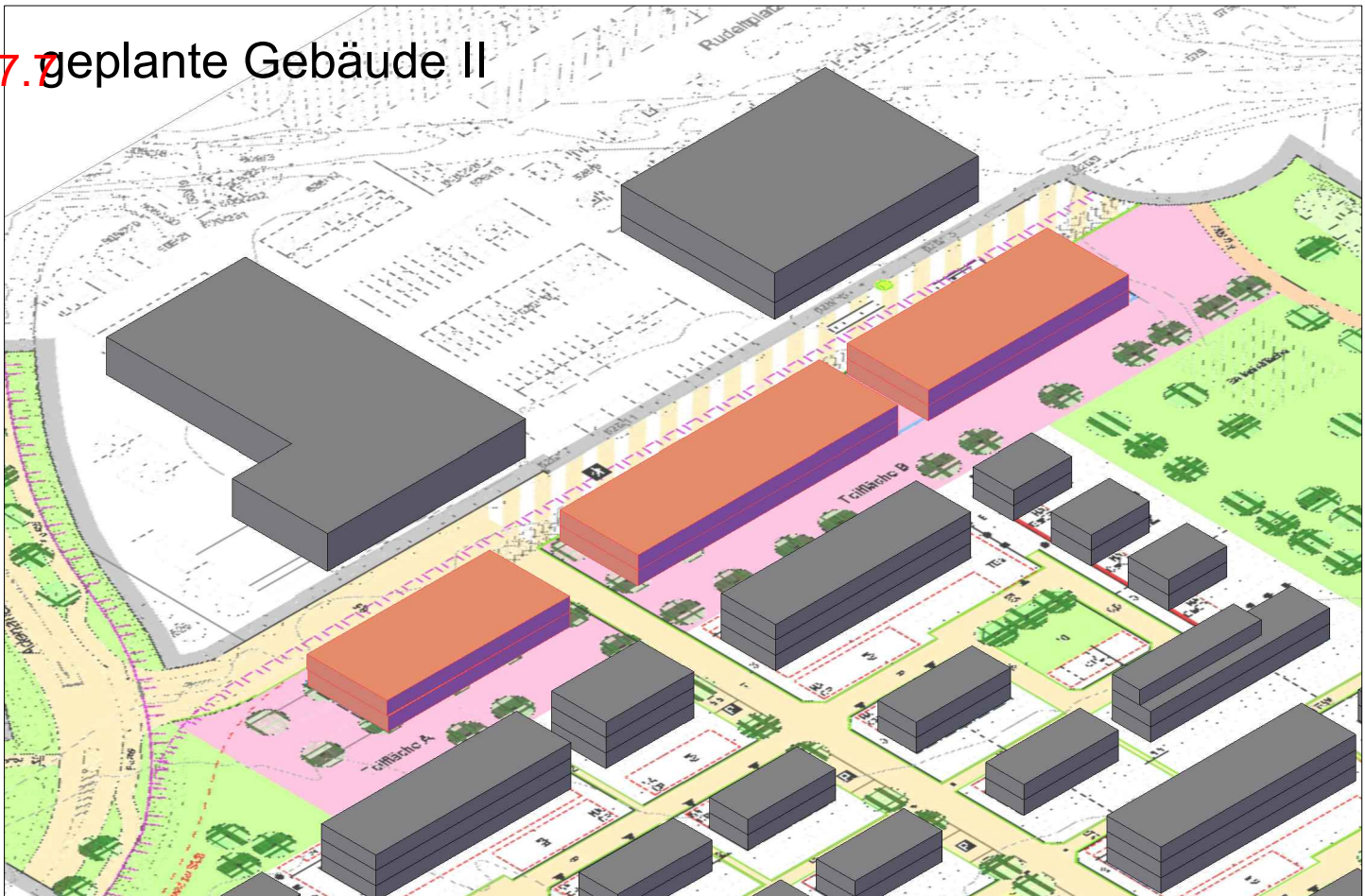
Nahversorgungszentrum (im engeren Sinn) und der darin liegende Rudeltplatz sind seit langer Zeit fertiggestellt. Aus den im Haushaltsentwurf genannten Gründen hat sich das Begegnungszentrum verzögert und muss nun räumlich geringfügig verschoben werden. Das bedingt aber keine generelle Neuplanung des Begegnungszentrums als solches, so dass eine weitere Verzögerung nicht mehr verständlich wäre.

Mit freundlichen Grüßen

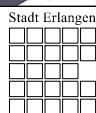
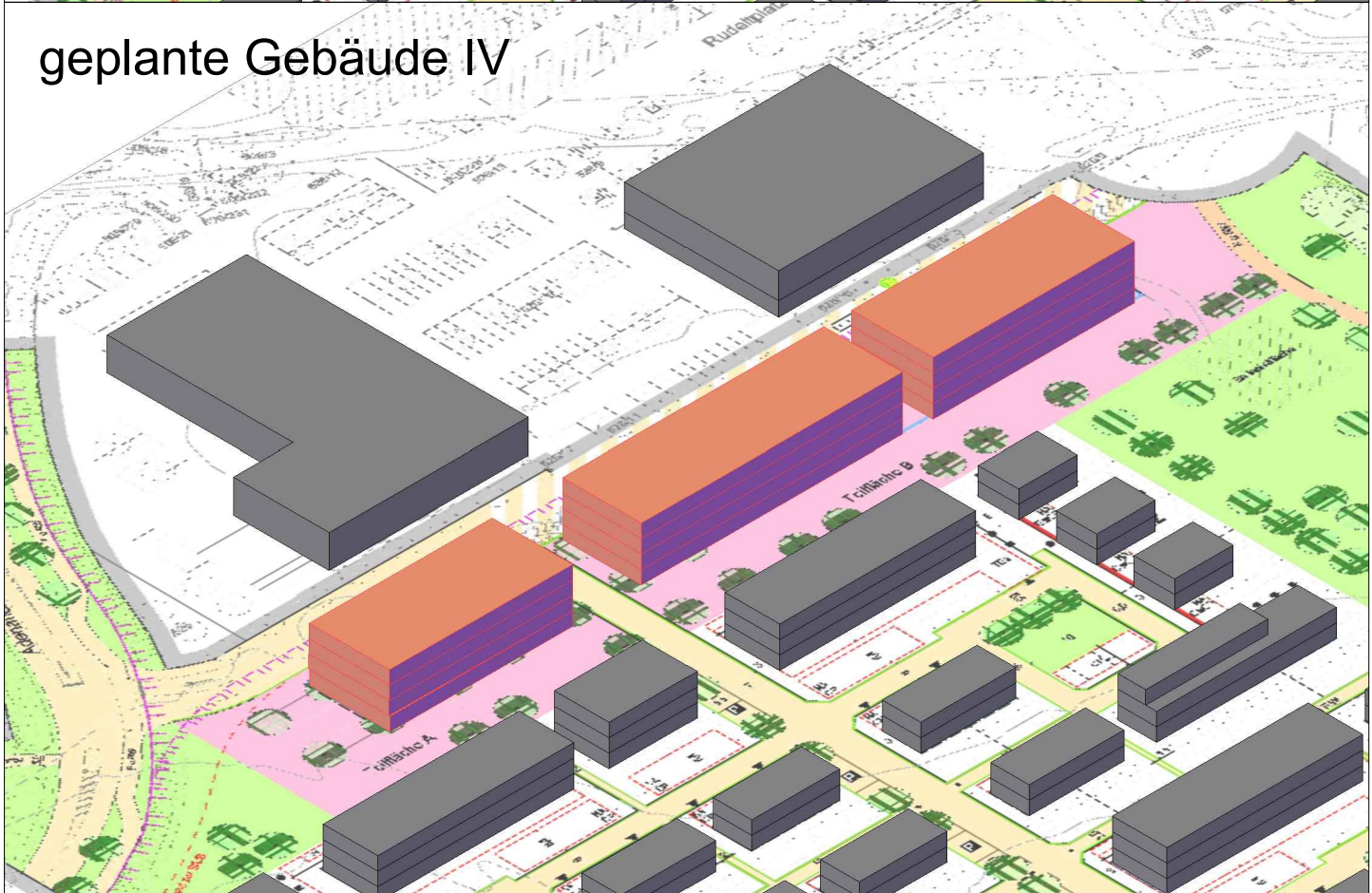
Johannes Pöhlmann
Stadtrat

Anton Salzbrunn
Stadtrat

Ö 7.2 geplante Gebäude II



geplante Gebäude IV



Stadt Erlangen
Referat für Planen und Bauen

Neubau Stadtteilzentrum Büchenbach

Gebäudehöhen (Grundlage BPlan Nr. 411)

58/101

Maßstab: ohne

erstellt: Ref. VI

Datum: 22.08.2014

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/241-12

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
241/013/2014

Vereinsräume für Eltersdorf - Fraktionsantrag 197/2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
I/41, IV/40, II/20

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt,

- den Bedarf an zusätzlichen Finanzmitteln in Höhe von 100 000 € für die Planung der Sanierung des Egidienhauses in die Haushaltsberatungen einzubringen.
- adäquate (Ersatz-)Flächen für die dort ansässigen Vereine bereit zu stellen.

Der Fraktionsantrag 197/2014 der CSU vom 21. Oktober 2014 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Erhalt / Bereitstellung adäquater Flächen für Eltersdorfer Vereine
- Optimierung des Gebäudebestandes unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit
- Sanierung des Egidienhauses

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Das Egidienhaus befindet sich aufgrund seines Baujahres 1968 in einem Zustand, der beträchtliche Investitionen für die Sanierung der Bausubstanz und Gebäudetechnik, für Wärmedämm- und Brandschutzmaßnahmen erfordert.

Für die ersten Planungsphasen incl. Kostenberechnung sind Planungsmittel in Höhe von ca. 100 000 € erforderlich.

Seit 2009 steht fest, dass die gleichzeitige Nutzung des Egidienhauses durch den dort praktizierenden Arzt und den Musikverein sich gegenseitig ausschließen. Die Vereinbarkeit beider Nutzungen verlangt neben den Sanierungskosten unverhältnismäßige hohe Schallschutzmaßnahmen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: 100 000 € bei IPNr.: neu

Haushaltsmittel sind nicht vorhanden.

Der Bedarf an zusätzlichen Mitteln ist in die Haushaltsberatungen einzubringen.

Anlagen: Fraktionsantrag 197/2014 der CSU vom 21. Oktober 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathaus

91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**

Antragsnr.: **197/2014**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **VI/24**

mit Referat: **IV/40, I/41, II/20/Schmied**

21. Oktober 2014/AB

Haushalt 2015

hier: Vereinsräume für Eltersdorf

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um endgültige Klärung, ob das freie Gelände in der Grundschule Eltersdorf für den Neubau eines Vereinsheimes für den Musikverein Eltersdorf und andere Eltersdorfer Vereine zur Verfügung steht.

Falls dies nicht möglich sein sollte, beantragen wir die baldige Sanierung bzw. den Neubau des Egidienhauses in Angriff zu nehmen.

Wir bitten, verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Nicht nur der Musikverein, sondern auch andere Eltersdorfer Vereine könnten dort in Zukunft eine Bleibe finden.

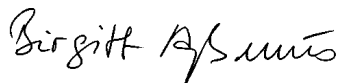
Die von uns beantragten 100.000 Euro für 2015 sollten für die notwendigen Planungen verwendet werden.

Außerdem sollten frühzeitig Gespräche mit den Eltersdorfer Vereinen stattfinden.

Wir nehmen hierbei Bezug auf unsere Anträge

- 154/2009 Prüfung der Sanierungsfähigkeit des ehemaligen Rathauses in Eltersdorf „Egidienhaus“
- 115/2013 Einrichtung eines „Runden Tisches“ zur Lösung des „Raumproblems“ des Musikvereins Eltersdorf
- 249/2013 Kooperation zwischen Musikverein Eltersdorf und Grundschule Eltersdorf

Mit freundlichen Grüßen



Birgitt Aßmus

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Haushalt + Finanzen, Personal



Gabriele Kopper

stv. Fraktionsvorsitzende



Sonja Brandenstein

Stadtteilsprecherin Eltersdorf



Jörg Volleth

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/241

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
241/014/2014

Machbarkeitsuntersuchung des Theaterquartiers zur Optimierung der vorhandenen Flächen - Fraktionsantrag 167/2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
IV/44

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt:

- eine Machbarkeitsstudie für die räumliche Optimierung des Theaters Erlangen und für die Sanierung im Redouten-Langhaus in Auftrag zu geben sowie
- den Bedarf an zusätzlichen Finanzmitteln für die Machbarkeitsstudie in Höhe von 60 000 € in die Haushaltsberatungen einzubringen.

Der Fraktionsantrag 167/2014 der SPD vom 21. Oktober 2014 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Ertüchtigung des Redouten-Langhauses
- räumliche Optimierung des Theaters Erlangen

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die räumliche Optimierung des Theaters Erlangen und die Sanierung im Redouten-Langhaus, die eine fundierte Entscheidung über die Priorisierung der anstehenden Sanierungen (Redouten-Langhaus, Palais Egloffstein und Pinoli-Haus) ermöglicht, mit Berücksichtigung schon vorhandener Studien.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: 60.000 € bei IPNr.: neu

Haushaltsmittel sind nicht vorhanden.

Der Bedarf an zusätzlichen Mitteln in Höhe von 60 000 € ist in die Haushaltsberatungen einzubringen.

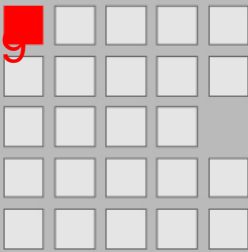
Anlagen: Fraktionsantrag 167/2014 der SPD vom 21. Oktober 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
Antragsnr.: **167/2014**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **IV/44/Fr. Ott**
mit Referat:

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Realistische Machbarkeitsuntersuchung des Theaterquartiers zur
Optimierung der vorhandenen Flächen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach der Sanierung des Frankenhofs stehen drei weitere dringliche
Sanierungen kulturell genutzter städtischer Gebäude an. Es sind dies in
alphabetischer Reihenfolge:

Museum (Pinoli-Gebäude)
Theater (Redoutenlanghaus)
VHS (Palais Egloffstein)

Während für Museum und Palais Egloffstein schon Machbarkeitsstudien
erstellt werden, ist dies für das Theater noch nicht vorgesehen (obwohl in
dem Bereich Räume leer stehen). Ein im Jahre 2007 erstellter Theater-
strukturplan zeigte zwar durchaus erstrebenswerte Ansätze auf, die jedoch
finanziell keineswegs darstellbar sind.

Wir beantragen daher:

Da für eine fundierte Entscheidung über eine Priorisierung der Sanierungen
vergleichbare Machbarkeitsstudien nötig sind, wird für die Sanierung und
räumliche Optimierung des Theaters Erlangen im Redoutenlanghaus eine
aussagekräftige Machbarkeitsstudie erstellt.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-
Fraktion

Datum
21.10.2014

AnsprechpartnerIn
Barbara Pfister

Durchwahl
0176-21326541

Seite
1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/029/2014

SPD-Fraktionsantrag Nr. 183/2014

hier: Antrag zum Arbeitsprogramm / Radabstellanlagen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

61, AG Radverkehr, Ref. III

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung hat den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis gedient. Der dabei geschilderten Vorgehensweise mit der Bereitstellung von 100.000,- € zur Verbesserung des Radwegenetzes (IvP-Nr. 541.841) wird zugestimmt. Der Fraktionsantrag Nr. 183/2014 gilt hiermit als bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die von vielen Radfahrerinnen, Radfahrern und Passanten an zentralen Stellen der Stadt bemängelte Abstellituation für Fahrradfahrer soll verbessert werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Austausch und Errichtung von geeigneten, zahlenmäßig ausreichenden und den heutigen Ansprüchen genügenden Abstellmöglichkeiten mittels Anlehnbügel, wie bereits in verschiedenen Teilen der Stadt praktiziert.

Für die Planung eines Fahrradparkhauses am Bahnhof ist eine gesonderte Haushaltsstelle (546.410) eingerichtet.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Für die Verbesserung des vorhandenen Radwegenetzes (Beläge, Absenkungen usw.) sind auf der diesbezüglichen Haushaltsstelle IvP-Nr. 541.841 für 2015 50.000,- € vorgesehen. Gegenwärtig untersucht ein externes Ing.-Büro die Zustandsbeschaffenheit des Netzes einschließlich der gegebenen Abstellituation. Die Ergebnisse liegen bis Ende des Jahres vor. Mit einer Erhöhung des Mittelansatzes sind zu erwartende Verbesserungen realisierbar. Wegen erforderlicher Planungen und Abstimmungen ist dies jedoch nur sukzessiv über die kommenden Jahre möglich.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ 100.000,-	bei IPNr.: 541.841
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:

Korrespondierende Einnahmen €
Weitere Ressourcen

bei Sachkonto:

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr. 542.841 in Höhe von 50.000,- € (Entwurf HH 2015)
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

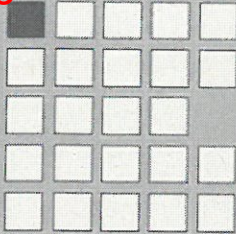
Anlagen: Fraktionsantrag

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO
 Eingang: **21.10.2014**
 Antragsnr.: **183/2014**
 Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
 Zust. Referat: **VI/66**
 mit Referat: **II/20/Hr. Schmied**

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Arbeitsprogramm
Radabstellanlagen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Jahren wird von vielen Radfahrerinnen und Radfahrern, aber auch Passanten die Abstellsituation von Fahrrädern in der Radlerstadt Erlangen bemängelt. An zentralen Stellen in der Stadt gibt es keine tauglichen und auch nicht genügend Abstellmöglichkeiten, sodass es häufig zu "chaotischem Wildwuchs" kommt. Im Fokus der Kritik ist besonders die Ostseite des Bahnhofs und die Situation um Gleis 1.

Die SPD-Fraktion möchte deshalb 200.000 Euro für die Verbesserung dieser Situation bereit stellen. Damit sollen zunächst die in städtischem Eigentum befindlichen Flächen angegangen werden. Weiterhin erwarten wir, dass die Planungen für das Fahrradparkhaus vorangebracht werden. Auch um das Rathaus herum sind die Abstellanlagen sehr verbesserungswürdig. Wir bitten die Verwaltung auch für diesen Bereich um konkrete Vorschläge, die sukzessive umgesetzt werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-
Fraktion

Datum
21.10.2014

AnsprechpartnerIn
Barbara Pfister

Durchwahl
0176-21326541

Seite
1 von 1



Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/030/2014

Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 205/2014

hier: Erhöhung eingestellter HH-Positionen / 541.841 - Verbesserung Radwege

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
AG Radverkehr

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung hat den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis gedient. Der Mittelansatz für die Verbesserung des Radwegenetzes soll auf 100.000,- € erhöht werden. Der Fraktionsantrag Nr. 205/2014 gilt hinsichtlich dieses Punktes als bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Eine Verbesserung des vorhandenen Radwegenetzes hinsichtlich dessen Oberflächenbeschaffenheit soll herbeigeführt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Erhöhung des Mittelansatzes von vorgesehenen 50.000,- € auf 100.000,- € entsprechend den vorhandenen UVPA-Beschlüssen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Eine Verbesserung der Zustandsbeschaffenheit im Rahmen einer Prioritätenliste und eine Verbesserung der Abstellmöglichkeiten (s. SPD-Fraktionsantrag Nr. 183/2014) ist im Rahmen des Arbeitsprogrammes 2015 bei erhöhter Mittelbereitstellung möglich.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ 100.000,-	bei IPNr.: 541.841
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt
sind vorhanden auf IvP-Nr. 541.841 in Höhe von 50.000,- € (Entwurf HH 2015) bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsantrag

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

erlanger linke

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 21.10.2014
 Antragsnr.: 205/2014
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
 Zust. Referat: V/50, IV/51, VI/23, VI/66
 und Referat: OBM/13, III/31, II/20

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 Rathausplatz 1
 91050 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 und nach Vereinbarung

Tel. 09131/86-1789
 Fax: 09131/86-1791

E-Mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke.de/>

Erlangen, den 17. 10. 2014

**Haushaltsantrag:
 Erhöhungen bereits eingestellter HH-Positionen**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Unseres Erachtens sind die im Haushaltsentwurf genannten Mittelansätze für folgende Haushaltspositionen nicht ausreichend und sollten wie folgt erhöht werden:

50.331 W: Integrationsberatung: Erhöhung von 10.000 Euro auf 30.000 Euro.

Begründung: Wir verweisen auf den derzeit dramatischen Anstieg der Zuwanderungszahlen aus Gebieten, bei denen die Anerkennung von Asylanträgen zu erwarten ist.

51.362 P: **Ring politischer Jugend:** Erhöhung von 1.000 Euro auf 2.000 Euro.

Begründung: Wie sollen sich mehr junge Menschen für die politische Arbeit engagieren, wenn deren überparteiliche Initiative nur einen kleinen Bruchteil der Mittelausstattung bekommt wie z. B. die engagierten Senioren?

Grunderwerb für Radwege: Erhöhung in 2015 von 30.000 Euro auf 100.000 Euro.

Begründung: Die Radfahrerstadt Erlangen muss stets genügend Reserven haben, um erforderliche Grundstücksankäufe zu tätigen. Der Mehrbedarf steht im Zusammenhang mit dem Vorziehen von Vorhaben, welche von der Verwaltung keine Präferenz erhalten hatten. Siehe unseren getrennten Antrag "Zeitliches Vorziehen von HH-Positionen".

541.841: Ausbau von Radwegen: Es sind in 2015 nur 50.000 Euro eingesetzt. Es existiert aber ein Beschluss des UVPA, dass jährlich 100.000 Euro einzusetzen sind. Wir fordern, mindestens die letztere Summe einzusetzen.

Begründung: Dies ist auch dringend erforderlich, angesichts des unzumutbaren Oberflächenzustands vieler Radwegstrecken. Wissenschaftlich nachgewiesen: Durch zunehmenden Stickstoff in der Luft wachsen Bäume, und damit auch Baumwurzeln (Sturzfallen für RadfahrerInnen), schneller.

13.111 R: **Woche gegen Rassismus:** Erhöhung in 2015 von Null auf 5000 Euro.

Begründung: Diese Aktionswoche findet jährlich statt. In den vergangenen Jahren wurden verschiedentlich bereits Zuschüsse gewährt. Über die Notwendigkeit solcher Aktionswochen berichtet regelmäßig (indirekt) der Innenminister, wenn er den Verfassungsschutzbericht vorstellt. Ein Bundestagsausschuss hat Erschreckendes zur Virulenz des Rassismus in der BRD zu Tage gebracht.

31.554 A: **Zuschüsse an Umweltschutz-Organisationen:**

Erhöhung in 2015 von 35.800 Euro auf 50.000 Euro (als erster Schritt).

Begründung: Der Umwelt- und Naturschutz ist kein Modethema von einst, sondern wird aus verschiedenen Gründen immer wichtiger. Die Umweltschutzorganisationen übernehmen wichtige Aufgaben, die sonst die Stadt selbst durchführen müsste. Die Kosten hierfür wären noch deutlich höher als selbst die Zuschüsse, die zur Zeit der rot-grünen Zusammenarbeit im Stadtrat (80er Jahre) gewährt wurden. Es ist höchste Zeit, die ehrenamtliche Knochenarbeit dieser Organisationen wieder besser zu honorieren.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
Stadtrat

Anton Salzbrunn
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/031/2014

Kreuzung Frauenaauracher Straße / Gundstraße / Am Hafen hier: Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 224/2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Fraktionsantrag der erlanger linke Fraktion Nr. 224/2014 vom 21.01.2014 ist hiermit bearbeitet.

II. Begründung

Sachbericht

Ein Vergleich der beiden Ausbauvarianten „LSA“ und „Kreisverkehr“ wurde dem UVPA in seiner Sitzung am 22.07.2014 mit Beschluss, Vorlagen-Nr. 613/005/2014, zur Entscheidung vorgelegt. Mit mehrheitlichem Beschluss des UVPA wurde die Verwaltung beauftragt, die Vorplanung gem. DA Bau (Abschnitt 5.4) für die Umplanung des Knotenpunkts Frauenaauracher Straße/Gundstraße/ Am Hafen mit einer Lichtsignalanlage zu erstellen. Gemäß dieser Beschlusslage werden seitens der Verwaltung die entsprechenden Planungsschritte eingeleitet.

Entsprechend dem Entwurf des Investitionsprogramms 2014-2018 sind derzeit bei IP-Nr. 541.408 HH-Mittel für die Planung für 2015 und für die bauliche Umsetzung nach 2018 vorgesehen.

Anlagen: Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 224/2014 vom 21.10.2014 (Anlage 1)

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
 Antragsnr.: **224/2014**
 Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
 Zust. Referat: **VI/66**
 mit Referat:

Zimmer 127

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 Rathausplatz 1
 91050 Erlangen

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
 fax 09131/86-1791

e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 17. 10. 2014

**Haushaltsantrag zum Projekt 541.408:
 Kreuzungsausbau
 Frauenaauracher/Gundstr./Am Hafen**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

im städtischen Haushaltsentwurf findet man einen Mittelantrag der Verwaltung zum o. g. Projekt, und zwar strikt zweckgebunden für den Einbau einer Verkehrssignalanlage (Ampel).

Viele qualifizierte Fachleute haben sich aber dafür ausgesprochen, diese Kreuzung zu einem Kreisverkehr umzubauen. Sie haben diese Empfehlung auch wohl begründet. Diese Begründung muss hier nicht wiederholt werden, denn sie ist dem Stadtplanungsamt wohlbekannt. (Dass Herr Egbert Bruse stets für eine Ampelanlage an dieser Stelle plädiert hat, sollte heute nicht mehr ausschlaggebend sein.)

Auf lange Sicht ist ein Kreisverkehr auch die kostengünstigere Lösung.

Selbstverständlich dürfen die zahlreichen RadfahrerInnen, welche diese Kreuzung passieren, nicht gegenüber den LenkerInnen motorisierter Verkehrsmittel benachteiligt werden. RadfahrerInnen sind gleichberechtigt mit im Kreisverkehr zu führen. Beispiele aus zahlreichen anderen europäischen Großstädten zeigen, dass dies die beste und sicherste Lösung ist.

Wir **beantragen** deshalb folgendes:

1. Der bisherige Text im Haushaltsplan zum Projekt 541.408 wird ersetzt durch eine kurze Beschreibung des zu planenden Einbaus eines Kreisverkehrs.
2. Die Verwaltung beantragt Mittel für die Detailplanung dieser Kreisverkehrslösung.
3. Mittel für die Durchführung des Umbaus werden zunächst aufgrund einer groben Schätzung der Kosten beantragt, ggf. ganz oder teilweise als Verpflichtungsermächtigung.
4. Im Haushaltsentwurf für 2016 werden Mittel aufgrund einer verfeinerten Kostenschätzung beantragt.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
 Stadtrat

Anton Salzbrunn
 Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/032/2014

Vorziehen bereits eingestellter Projekte hier: Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 202/2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Fraktionsantrag der erlanger linke Fraktion Nr. 202/2014 vom 21.10.2014 ist damit bearbeitet

II. Begründung

Sachbericht

- IP-Nr. 541.124 „Universitätsstraße Ausbau“
Für die Maßnahme liegen derzeit keinerlei Planungs- bzw. Gestaltungskonzepte vor, sodass ein zeitnaher Ausbau auch im Hinblick auf die Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung kurzfristig nicht realisierbar ist. Im Rahmen von Straßenbegehungen und –kontrollen festgestellte Schadstellen können durch den laufenden Unterhalt beseitigt werden.
- IP-Nr. 541.812 "Lärmschutz an Autobahnen (A3, A73)"
Grundsätzlich ist die Bereitstellung von konkreten Haushaltsmitteln für geplante Projekte zeitlich im Zusammenhang mit einer absehbaren Realisierung des Projektes zu sehen. Derzeit sind diesbezüglich keine konkreten Projekte vorgesehen. Weiterhin müssen für die Realisierung konkreter Projekte auch die jeweiligen Randbedingungen wie Baurecht, liegenschaftliche Verfügbarkeit, konkurrierende Bauvorhaben (DB AG; Bundesautobahn) mit berücksichtigt werden, die vor einer Realisierung im Detail zu prüfen wären.
- IP-Nr. 541.821 „GW/RW Bruck - Frauenaarach“
Mit Beschluss des UVPA vom 13.03.2012 wurde die Verwaltung beauftragt, die Planung der vorgeschlagenen Präferenzvariante weiterzuverfolgen. Vor diesem Hintergrund sind noch Abstimmungen mit dem Wasserwirtschaftsamt durchzuführen, Entwurfs- und Ausführungspläne anzufertigen sowie entsprechender Grunderwerb zu realisieren. Entsprechend dem Entwurf des Investitionsprogramms 2014-2018 sind derzeit bei IP-Nr. 541.821 HH-Mittel für die Planung aber erst für 2018 vorgesehen.
- IP-Nr. 541.831 „GW/RW Adenauerring – Gundstraße“
Mit Beschluss des UVPA vom 21.10.2008 wurde die Verwaltung beauftragt, die vorgeschlagene Planung weiterzuverfolgen. Vor diesem Hintergrund sind noch Entwurfs- und Ausführungspläne anzufertigen sowie entsprechender Grunderwerb zu realisieren. Entsprechend dem Entwurf des Investitionsprogramms 2014-2018 sind derzeit bei IP-Nr. 541.831 HH-Mittel für die Planung aber erst für 2018 vorgesehen.

- IP-Nr. 541.834 „Radweg Regnitztal in Eltersdorf, Flussparadies“
Für die Maßnahme wird von der Verwaltung derzeit ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt. Im Anschluss daran sind noch Entwurfs- und Ausführungsplanungen anzufertigen sowie entsprechender Grunderwerb zu realisieren. Entsprechend dem Entwurf des Investitionsprogramms 2014-2018 sind derzeit bei IP-Nr. 541.834 Planungs- und Baumittel aber erst nach 2018 vorgesehen.

- IP-Nr. 541.842 „Flutbrücke in den Regnitzgrund“
Für den Bau einer Flutbrücke im Anschluss an die Brücke über die Regnitz sowie den Bau eines nicht hochwasserfreien GW/RW am Fuß der Bahnböschung sind Abstimmungen mit dem Wasserwirtschaftsamt durchzuführen, Entwurfs- und Ausführungsplanungen anzufertigen sowie entsprechender Grunderwerb zu realisieren. Entsprechend dem Entwurf des Investitionsprogramms 2014-2018 sind derzeit bei IP-Nr. 541.842 Planungs- und Baumittel aber erst nach 2018 vorgesehen.

Anlagen: Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 202/2014 vom 21.10.2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 Rathausplatz 1
 91050 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
 Antragsnr.: **202/2014**
 Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
 Zust. Referat: **VI/24, VI/66, I/41**
 mit Referat:

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 und nach Vereinbarung

Tel. 09131/86-1789

Fax: 09131/86-1791

E-Mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke.de/>

Erlangen, den 17.10.2014

Haushaltsantrag:

Vorziehen bereits eingestellter HH-Projekte

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Bei zahlreichen Projekten, welche im Haushaltsentwurf eingestellt sind, werden Mittel in 2015 in nicht ausreichender Höhe oder sogar erst für die Folgejahre beantragt. Bei einigen dieser Projekte geschieht dies u. E. grundlos und angesichts der relativ günstigen Finanzierungsprognose für 2015 durchaus auch ungeschickt.

Wir **beantragen** deshalb, folgende Projekte zeitlich vorzuziehen:

424.401: **Sanierung Freibad und Neubau Hallenbad an der Damaschkestraße:** Mit den Baumaßnahmen soll schnellstens begonnen werden. Durch Einsetzen ausreichender Beträge für 2015 und einer Verfügungsermächtigung für 2016 sollen Stadtrat, Stadtverwaltung und Stadtwerke dies sicherstellen.

Begründung: Die Zustände im Freibad West und im Hallenbad Frankenhof sind inzwischen so prekär, dass Ausfälle, die eine Schließung eines Bades erzwingen, befürchtet werden müssen. (Aussage der EStW.) Die Bevölkerung musste bereits zu lange auf die angekündigte Verbesserung der Zustände warten.

541.124: **Universitätsstraße, Ausbau:** Die Maßnahme ist in 2015 zu planen und auch in Angriff zu nehmen (mit Verfügungsermächtigung und Restmitteln in 2016).

Begründung: Die Universitätsstraße gehört zu den am meisten von RadfahrerInnen befahrenen Straßen der Stadt. Bereits heute ist der Oberflächenzustand der Universitätsstraße RadfahrerInnen nicht mehr zumutbar. An einigen Stellen besteht nachts und für sehbehinderte Personen akutes Sturzrisiko durch überraschendes Hineinfahren in Bodensenkungen.

541.812: **Lärmschutz an Autobahnen (A3, A73):** Die Planung und der Baubeginn noch im Jahr 2015 ist durch Einsetzen ausreichender Finanzmittel und einer Verpflichtungsermächtigung sicherzustellen. Für die Folgejahre sind jeweils genügend Mittel einzusetzen, damit zügig weitergebaut werden kann.

Begründung: Im Haushaltsentwurf wird ein diesbezüglicher Beschluss des Beirats für Stadthygiene und Umweltschutz zitiert. Nur wenige MitbürgerInnen wissen noch, dass dieser Beirat der Vorläufer der späteren beratenden Mitglieder im UVPA war

und mit der Einführung der beratenden Mitglieder aufgelöst wurde. Im Beirat waren also Umweltschutz-Fachleute tätig. Der Beschluss muss also bereits aus der Zeit vor 1990 stammen! Wie hat sich die Lärmsituation im Straßenverkehr inzwischen verschlimmert! Insbesondere auch dieses: Die A 73 wurde "heimlich" zu einer 6-spurigen Autobahn ausgebaut. Angeblich verpflichtete eine "Standstreifennutzung" nicht dazu, die AnwohnerInnen vor Lärm zu schützen. Die Gesundheitsschäden bei den Anwohnern geschehen aber unabhängig davon, ob die Kfz mit 80 km/h auf einem regulären Fahrstreifen oder einem "genutzten Standstreifen" fahren.

541.821: **Fuß- und Radweg Bruck – Frauenaaurach**, entlang der Kraftwerkstraße: Durch Einsetzen genügender Finanzmittel für 2015 soll ein frühestmöglicher Baubeginn sichergestellt werden.

Begründung: Erlangen nennt sich "Radfahrerstadt" und hat den Vorsitz im Verband fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern. Die Maßnahme ist für den Kontakt zwischen Bruck und Frauenaaurach sehr wichtig und schafft einen sicheren Weg zur Arbeitsstelle für zahlreiche ArbeitnehmerInnen. Sie ist bereits zu lange geplant als dass sie eine fahrradfreundliche Kommune noch länger hinausschieben könnte.

541.831: **Radwege Adenauerring** – Gundstraße: Es sind genügend Mittel einzusetzen, so dass diese Maßnahme in 2015 durchgeführt oder zumindest begonnen werden kann.

Begründung: Es handelt sich um eine relativ kurze Wegverbindung und damit einen relativ geringen erforderlichen Betrag. Angesichts der zunehmenden Bebauung im Entwicklungsgebiet West und der Arbeitsplatzkonzentration an der Frauenaauracher Straße hat diese Verbindung aber eine hohe Verkehrsbedeutung.

541.834: **Radweg- Umgehung von Eltersdorf, im Regnitztal:** Es sind genügend Mittel einzusetzen, so dass diese Maßnahme in 2015 durchgeführt oder zumindest begonnen werden kann.

Begründung: Wegen der lang anhaltenden Auseinandersetzung mit AnwohnerInnen war die Stadt gezwungen, dieses Vorhaben frühzeitig recht detailliert zu planen und darzustellen. Nachdem nun ein Beschluss des UVPA vorliegt, diese Maßnahme wie geplant zu realisieren, kann die Verwaltung bei den Planungen jetzt "in die Vollen" gehen. Wegen der Gefährdung der Radfahrer in der engen Ortsdurchfahrt von Eltersdorf duldet diese Maßnahme keinen Aufschub mehr.

541.842: **Fuß- und Radweg Bruck – Frauenaaurach, entlang der Bahnlinie zum Hafen:** Durch Einsetzen genügender Finanzmittel für 2015 soll die Planung noch im kommenden Jahr sowie ein frühestmöglicher Baubeginn sichergestellt werden.

Begründung: Erlangen nennt sich "Radfahrerstadt" und hat den Vorsitz im Verband fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern. Die Maßnahme ist für den Kontakt zwischen Bruck und Frauenaaurach wichtig und schafft einen sicheren Weg zur Arbeitsstelle für ArbeitnehmerInnen. Sie ist bereits zu lange geplant als dass sie eine fahrradfreundliche Kommune noch länger hinausschieben könnte. Mit unserem Sachantrag vom September 2014 haben wir aufgezeigt, dass die Maßnahme mit geringem Aufwand durchführbar ist. Man sollte anstreben, dass Martin Scheidig den Erfolg seiner jahrzehntelangen Bemühungen um diese Wegeverbindung möglichst noch erleben kann!

573.406, 573.352: **Begegnungszentrum Erlangen-West:** Es sind für 2015 ausreichende Planungsmittel einzusetzen und der Baubeginn durch eine Verpflichtungsermächtigung sicherzustellen.

Begründung: Dieses Begegnungszentrum wurde als Teil des Komplexes "Nahversorgungszentrum Büchenbach-West" bereits vor langer Zeit geplant. Das

Nahversorgungszentrum (im engeren Sinn) und der darin liegende Rudeltplatz sind seit langer Zeit fertiggestellt. Aus den im Haushaltsentwurf genannten Gründen hat sich das Begegnungszentrum verzögert und muss nun räumlich geringfügig verschoben werden. Das bedingt aber keine generelle Neuplanung des Begegnungszentrums als solches, so dass eine weitere Verzögerung nicht mehr verständlich wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
Stadtrat

Anton Salzbrunn
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/033/2014

Vorziehen bereits eingestellter Projekte

hier: erlanger linke Fraktionsantrag Nr. 239/2014 vom 20.10.2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Fraktionsantrag der erlanger linke Fraktion Nr. 239/2014 vom 20.01.2014 ist damit bearbeitet

II. Begründung

Sachbericht

In der Sitzung des Stadtrates vom 28.11.2013 wurde gemäß Protokollvermerk beschlossen, dass der Verbindungsweg, welcher sich außerhalb des Naturschutzgebietes befindet, auf Grundlage der Planung des Tiefbauamtes beleuchtet werden soll.

Basierend auf dieser Beschlusslage, Vorlagen-Nr. 66/244/2013, hat die Verwaltung die Beleuchtung des Weges ausgeschrieben und realisiert. Die Anlage soll im November 2014 in Betrieb gehen.

Zum Einsatz kommen energieeffiziente und insektenfreundliche LED-Leuchten, welche mittels einer Sensorik die Beleuchtung des Weges in Abhängigkeit der Nutzung steuern.

Anlagen: Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 239/2014 vom 20.10.2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **21.10.2014**
 Antragsnr.: **239/2014**
 Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
 Zust. Referat: **VI/66**
 mit Referat:

Büro: Montags 15 - 18 Uhr
Sprechstunde: " " 17 - 18 Uhr

tel: 09131/86-1789
fax: 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Erlangen, den 20.10.2014

Haushalt: Beleuchtung des Schulweges durch den Exerzierplatz

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Zum **Investitionsplan** stellen wir den Antrag:

Beleuchtung des Schulweges durch den Exerzierplatz mit max. 1 Meter hohen, nicht zu hellen, für Insekten oder Vögel unschädlichen LED Leuchten mit Schutzglas, Lichtfarbe ausschließlich aus dem langwelligen Teil des Spektrums, Betrieb nur in der Schulzeit am frühen Abend sowie im Winter auch morgens.

Die Verwaltung möge die Kosten benennen.

Begründung:

Es gibt dazu einen Beschluss im Stadtrat in 2013. Bisher ist offensichtlich aber nichts geschehen. Die Beleuchtung an diesem Ort muss allerdings Rücksicht auf Naturschutz und die Möglichkeit zum Erleben nächtlicher Natur und zur Sternenbeobachtung geben.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
Stadtrat

Anton Salzbrunn
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/034/2014

Vorziehen bereits eingestellter Projekte hier: erlanger linke Fraktionsantrag Nr. 203/2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Fraktionsantrag der erlanger linke-Fraktion Nr. 203/2014 vom 21.10.2014 ist damit bearbeitet

II. Begründung

Sachbericht

- IP-Nr. 541.100 „Rathausplatz, Umbau und Neugestaltung“
Für die Maßnahme sind derzeit keine konkreten Planungs- bzw. Gestaltungskonzepte bekannt. Vor diesem Hintergrund wären noch Gestaltungs-, Entwurfs- und Ausführungsplanungen anzufertigen. Entsprechend dem Entwurf des Investitionsprogramms 2014-2018 sind derzeit bei IP-Nr. 541.100 HH-Mittel nach 2018 vorgesehen.
- IP-Nr. 541.400 „Ortsumgehung Eltersdorf“
Mit mehrheitlichem Beschluss des Stadtrates vom 25.10.2015 wurde die Verwaltung beauftragt, die Sonderbaulastvereinbarung mit dem Freistaat Bayern zum Bau der OU Eltersdorf abzuschließen. Auf Basis dieses Beschlusses wurde die Sonderbaulastvereinbarung unterzeichnet und nach einem europaweiten VOF-Verfahren erste Planungsleistungen (Leistungsphasen 1+2) mit Beschluss des Stadtrates am 27.02.2014 an eine Ingenieurgesellschaft vergeben. Die Maßnahme soll ab 2017 oder 2018 realisiert werden. Demzufolge müssen die weiteren Planungsschritte so beauftragt werden, dass das erforderliche Baurecht im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens erzielt werden kann.
- IP-Nr. 541S.70 „Bismarckstraße, Ausbau“
Seit dem Wettbewerbsverfahren und der daraufhin erfolgten öffentlichen Diskussion der Umgestaltungsmaßnahme mit den entsprechenden Konsequenzen ist kein neuer Sachstand gegeben.

Anlagen: Fraktionsantrag der erlanger linke Nr. 203/2014 vom 21.10.2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Tel. 09131/86-1789

Fax: 09131/86-1791

E-Mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke.de/>

Erlangen, den 17. 10. 2014

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91050 Erlangen

Haushaltsantrag

Streichungen von HH-Projekten

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

einige Projekte, welche im vorliegenden Haushaltsentwurf beschrieben sind, erscheinen uns von ihren voraussichtlichen Auswirkungen her nicht akzeptabel zu sein oder den Einsatz der beantragten Mittel nicht zu rechtfertigen.

Wir **beantragen** deshalb die nachstehend genannten Streichungen.

Diese dienen damit auch als Deckungsbeiträge für die ausgabenwirksamen Anträge, welche wir getrennt eingereicht haben.

421.884: **Baukostenzuschuß für „Königlich privilegierte Hauptschützengesellschaft“:**
Reduzierung des Mittelansatzes auf Null im Jahr 2015. Einfordern einer überzeugenden Beschreibung des Vorhabens und ggf. Einsetzen eines angemessenen niedrigen Haushaltsansatzes in den Haushaltsentwurf 2016.

Begründung: Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf findet sich keine Projektbeschreibung für das Vorhaben, dem der beantragte Baukostenzuschuss zur Realisierung verhelfen sollte. Es ist den StadträtInnen nicht zuzumuten, Mittel in sechsstelliger Euro-Höhe nach dem Prinzip "Katze im Sack" zu verschenken. Dies gilt insbesondere, wenn eine besondere soziale Dringlichkeit, aufgrund der bekannten Aktivitäten des antragstellenden Vereins, nicht erwartet werden kann.

541.100: **Neugestaltung des Rathausplatzes:** Streichung des Mittelansatzes, der ohnehin erst für die Zeit ab 2019 gedacht war.

Begründung: Fast 2 Mio. Euro für die Neupflasterung eines innerstädtischen Mehrzweckplatzes sind eine Provokation! Was soll bei der "Modernisierung" des Platzes denn herauskommen? Eine Steinwüste im Flutlicht, auf der sich niemand länger als unbedingt notwendig aufhalten will, wie z. B. am George-Marshall-Platz? Solange der Rathausplatz als Mehrzweckplatz benötigt wird (Zeltaufbau für ergänzende Ausstellungen bei Tagungen usw.) kann er aber auch kein Stadtpark werden. Mehr als eine neue Pflasterung ist nicht sinnvoll. Dafür ist zu gegebener Zeit eine angemessene Summe in den dann gültigen Haushaltsplan einzustellen.

541.400: **Ortsumgehung Eltersdorf:** Streichung aller Ansätze.

Begründung: Diese Ortsumgehung versiegelt wertvolles Ackerland unter Asphalt. Sie verlagert die Belastung mit Lärm und Abgasen von einer Gruppe Eltersdorfer BürgerInnen auf eine andere Gruppe Eltersdorfer BürgerInnen. Sie gibt aber einen Anreiz, mehr Verkehrsaufkommen zu erzeugen. Damit schadet sie allen EltersdorferInnen. Jedenfalls sollte erst die geplante Verdichtung des S-Bahn-Taktes abgewartet werden, bevor neue Straßen parallel zur Bahnlinie geplant werden.

Nachdem der Grunderwerb erst für 2018 vorgesehen ist (Projekt 541.359), kann vor Ende 2018 ohnehin nicht gebaut werden. Bis dahin ist noch genügend Zeit, gründlich zu überlegen, ob solche rückwärtsgewandten Verkehrsumzingelungs-Maßnahmen noch weiterführen.

541.520: **Gewerbegebiet Geisberg:** Streichung aller diesbezüglicher Mittelansätze.

Begründung: Wir sind nach wie vor gegen die Versiegelung wertvollen Ackerlandes für eine flache und lockere Gewerbeansiedlung. Wir setzen weiterhin auf Lückenschluss und Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zur Unterbringung weiterer dringend benötigter Gewerbebauten.

541.570: **Ausbau Bismarckstraße/Lorlebergplatz:** Streichung aller bisheriger Mittelansätze und Zweckbestimmungen.

Neueinsetzen einer angemessenen Summe für Mediation und Moderation des Bürgerdialogs.

Begründung: Sie, sehr geehrter Herr Dr. Janik, haben sinnvollerweise den bisherigen Umplanungsprozess erst mal gestoppt, um gründlich zu eruieren, was mit den AnwohnerInnen im Konsens verändert werden kann. Das wird Zeit brauchen. Wenn man dann weiß, was tatsächlich geändert werden kann, ist es so weit, dass man einen passenden Mittelansatz in den dann aktuellen Haushaltsplan einzusetzen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
Stadtrat

Anton Salzbrunn
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
Ref. VI

Verantwortliche/r:
Referat VI

Vorlagennummer:
VI/013/2014

Haushalt 2015 - Änderungsanträge Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt / Investitionsprogramm

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Abstimmung erfolgt entsprechend dem von der Stadtkämmerei erstellten Abstimmungsskript Fachausschüsse – BWA – zum Haushalt 2015.

II. Begründung

Auf das Gesamtwerk „Abstimmungsskripts Fachausschüsse“, das von der Stadtkämmerei an die Stadträte verteilt wurde, wird Bezug genommen.

Bitte bringen Sie es zu den Beratungen mit.

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Nr. des Änderungsantrags (wird von Amt 13 vergeben)	Änderungsanträge zum Verwaltungsentwurf 2015	Ertrag Mehrerträge (+) Mindererträge (-)	Aufwand Einsparung (+) Mehraufwand (-)	Haushaltsverbesserung (+) oder Haushaltsverschlechterung (-)	Abstimmung Fachausschuß
			Bau- und Werkausschuss am 18.11.2014				
		Amt 24	Amt für Gebäudemanagement - Sachmittelbudget				
24.1.		Nachmeldung der Verwaltung	Mehrerträge Miete, korrespondiert mit Mehraufwand für Mietzuschüssen bei Amt 41, siehe Nr. 41.2.	3.900 €		3.900 €	<u>Abstimmung BWA</u> einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
24.2.	2611	Nachmeldung der Verwaltung	Haushaltsneutrale Umschichtung Budgetmittel für Anmietungen von Amt 44 zu Amt 24 (Umsetzung Ziffer 6.1.2b AGA gemäß Prüfbericht RPA vom 15.10.2010) korrespondiert mit Einsparung in Budget von Amt 44 (Nr. 44.1.)		-32.900 €	-32.900 €	<u>Abstimmung BWA</u> einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
24.3.	1115	Nachmeldung der Verwaltung	Anmietkosten von Flächen in der Nürnberger Str. 71 für Bewegungs- und Vortragsraum für die Abt. Personalentwicklung (Stadtrat vom 25.09.2014, Vorlage VI/241-12)		-17.600 €	-17.600 €	Stadtrat mit Beschluss vom 25.09.2014 angenommen
24.4.		CSU 198/2014 201/2014	Budgetaufstockung für denkmalgerechte Sanierung Pavillon "Riviera" Ebrardstraße <u>Hinweis:</u> Nach Vorlage 24/008/2014 sind im Budget 2014 die benötigten Mittel vorhanden.		-15.000 €	-15.000 €	<u>Abstimmung BWA</u> einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
24.5.		CSU 200/2014	Berufsschule - Umbau EG		-32.000 €	-32.000 €	<u>Abstimmung BWA</u> einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
24.6.		CSU 200/2014	M-u-J-Elsner Schule/Dachgeschoss - Brandschutzsanierung		-25.000 €	-25.000 €	<u>Abstimmung BWA</u> einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
24.7.		SPD 159/2014 189/2014	230.000 EUR Budgetaufstockung für Schaffung einer „Willkommenstheke“ im Rathaus (bauliche Maßnahmen, die Kosten des Umbaus hat das GME auf 200.000 Euro geschätzt, hinzu kommen ca. 30.000 Euro an technischen Einrichtungen (PCs, Aufrufanlage, Zahlssystem) <u>Hinweis Ref. II:</u> Umbau = Bauunterhaltsmaßnahme. Die Kosten für die technischen Einrichtungen werden dem Investitionsprogramm, lfd. Nr. 60, zugeordnet.		-200.000 €	-200.000 €	<u>Abstimmung BWA</u> einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2015
--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Nr. des Änderungsantrags (wird von Amt 13 vergeben)	Änderungsanträge zum Verwaltungsentwurf 2015	Ertrag Mehrerträge (+) Mindererträge (-)	Aufwand Einsparung (+) Mehraufwand (-)	Haushaltsverbesserung (+) oder Haushaltsverschlechterung (-)	Abstimmung Fachausschuß
24.8.		FWG 154/2014 155/2014	250.000 EUR für Fachoberschule - bauliche Maßnahme, Fahrstuhl		-250.000 €	-250.000 €	<u>Abstimmung</u> BWA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
Amt 66			Tiefbauamt - Sachmittelbudget				
66.1.		Nachmeldung der Verwaltung	Die EStW haben eine Anpassung der Vergütung für Betrieb und Wartung der Straßenbeleuchtungsanlage angekündigt (wegen zusätzlicher technischer Prüfungen und Arbeiten), Mehrbedarf erstmalig ab 2015: 75.000 EUR. <i>Ref. II: Für Mehrbedarf wird Budget um 65.000 EUR erhöht</i>		-65.000 €	-65.000 €	<u>Abstimmung</u> BWA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
66.2.		Nachmeldung der Verwaltung	Nach Preisauskunft der EStW ist aufgrund Anpassung der Netzentgelte mit einer Erhöhung der Strompreise um 0,5-0,7 ct/kwh zu rechnen. Hieraus ergibt sich eine Kostensteigerung von 37.603 EUR zuzüglich MWSt. <i>Ref. II: Für Mehrbedarf wird Budget um 35.000 EUR erhöht</i>		-35.000 €	-35.000 €	<u>Abstimmung</u> BWA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
66.3a.		CSU 201/2014	Budgeterhöhung für Fahrbahndecken-/Brückensanierungen <i>Hinweis Ref. II: Im Verw.-entwurf 2015 wurde die Budgeterhöhung aus dem Vorjahr (= 300.000 EUR für Fahrbahndeckensanierungen) berücksichtigt.</i>		-400.000 €	-400.000 €	<u>Abstimmung</u> BWA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen <i>Bei Annahme des Antrags entfällt die Abstimmung zu Nr. 66.3b. und Nr. 66.3c.</i>
66.3b.		FDP 147/2014	Generelle Erhöhung Straßenunterhalt <i>Hinweis Ref. II: Im Verw.-entwurf 2015 wurde die Budgeterhöhung aus dem Vorjahr (= 300.000 EUR für Fahrbahndeckensanierungen) berücksichtigt.</i>		-200.000 €	-200.000 €	<u>Abstimmung</u> BWA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen <i>Bei Annahme des Antrags entfällt die Abstimmung zu Nr. 66.3c.</i>
66.3c.		FWG 154/2014 155/2014	Sachmittelbudget Amt 66: für Straßen Aus-, Um- und Neubaumaßnahmen <i>Ref. II: für Maßnahmen des baulichen Unterhalts. Hinweis Ref. II: Im Verw.-entwurf 2015 wurde die Budgeterhöhung aus dem Vorjahr (= 300.000 EUR für Fahrbahndeckensanierungen) berücksichtigt.</i>		-50.000 €	-50.000 €	<u>Abstimmung</u> BWA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

HH- Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 18.11.2014

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		CSU		Antrags-Nr.: 200/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		240090	Seite:	99	IP-Nr.: 126.406
	37	Produktgruppen Text:		Brandschutz			
		Investitionsmaßnahme:		FFW-Vereinsheim Kriegenbrunn, Generalsanierung			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
2015	Auszahlung:	0	- 50.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:			VE:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-240.000	+ 50.000
Begründung:		CSU: -					
Gutachten des BWA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		erlanger Linke		Antrags-Nr.: 220/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		240090	Seite:	101	IP-Nr.: 217A.401
	38	Produktgruppen Text:		Gymnasien			
		Investitionsmaßnahme:		MTG, Generalsanierung			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
2015	Auszahlung:	0	- 50.000	2017	Auszahlung:	-320.000	- 880.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	-50.000	- 270.000	2018	Auszahlung:	-1.200.000	- 4.436.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:	0	+ 2.242.000
	VE:	0	- 320.000	VE:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-5.636.000	+ 5.636.000
Begründung:		erLinke: MTG Generalsanierung: ein Jahr vorziehen und VE 1,2 Mio. € Begründung : siehe Antrag 220/14					
Gutachten des BWA/BildungsA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		Verwaltung		Antrags-Nr.: -	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		240090	Seite:	101	IP-Nr.: 217A.403
	39.00	Produktgruppen Text:		Gymnasien			
		Investitionsmaßnahme:		MTG, Sporthalle Baumaßnahme			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
2015	Auszahlung:	-800.000	+ 400.000	2017	Auszahlung:	-500.000	- 800.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	-2.165.000	+ 865.000	2018	Auszahlung:	0	- 465.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	-1.200.000	+ 1.200.000	VE:	0	0	0
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		GME: BWA v. 07.10.2014, Maßnahmenverzögerung					
Gutachten des BWA/BildungsA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investition	Beantragt von:	Verwaltung	Antrags-Nr.: -
Lfd. Nr.:	IP-Nr.:	217A.403ES	Seite: S.163 u. 350
E	Kostenstelle, Amt:	400090, Amt 40	
	ProduktgruppenText:	Gymnasien	
	Einnahmentext:	Staatszuweisungen Sporthalle MTG Baumaßnahme	
39.01			

Einzahlungen:

	Ansatz Entwurf EUR	+/-	Änderung um EUR
2015	0		0
2016	600.000	-	400.000
2017	576.000	+	124.000
2018	0	+	400.000
später	0	+	150.000

Begründung: Siehe Lfd. Nr. 39.00

Gutachten **BWA/BildungsA** Der Antrag wird angenommen abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen

Finanzplan/Investitionen	Beantragt von:	Verwaltung	Antrags-Nr.: -
Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	240090	Seite: 102
A	Produktgruppen Text:	Gymnasien	IP-Nr.: 217C.401
	Investitionsmaßnahme:	Ohm-Gymnasium, Generalsanierung	Seite: 350
	40.00		

		Ansatz Entwurf EUR	+/-	Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/-	Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	-2.070.000	-	400.000	2017	Auszahlung:	-2.105.000	- 665.000
	Zuweisungen:					Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	-2.900.000	-	200.000	2018	VE:	-2.105.000	- 665.000
	Zuweisungen:					Auszahlung:	-2.800.000	- 200.000
	VE:	-1.200.000	-	200.000		Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen						VE:	-1.225.000	- 805.000
					später	Auszahlung:	-2.800.000	+ 1.465.000

Begründung: **GME:** Konsequenz aus der Verzögerung MTG Sporthalle; Mittel- und VE-Umschichtung beschleunigen die Maßnahme.

Gutachten des **BWA/BildungsA** Der Antrag wird angenommen abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen

Finanzplan/Investition	Beantragt von:	Verwaltung	Antrags-Nr.: -
Lfd. Nr.:	IP-Nr.:	217C.401ES	Seite: S.163 u. 350
E	Kostenstelle, Amt:	400090, Amt 40	
	ProduktgruppenText:	Gymnasien	
	Einnahmentext:	Staatszuweisungen Ohmgymnasium Generalsanierung	
40.01			

Einzahlungen:

	Ansatz Entwurf EUR	+/-	Änderung um EUR
2015	0		0
2016	1.000.000	+	400.000
2017	1.500.000	+	200.000
2018	1.500.000	+	100.000
später	1.900.000	-	700.000

Begründung: Siehe Lfd. Nr. 40.00

Gutachten **BWA/BildungsA** Der Antrag wird angenommen abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen

Finanzplan/Investitionen	Beantragt von:	ÖDP	Antrags-Nr.: 151/14
--------------------------	----------------	-----	---------------------

A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	240090	Seite:	101	IP-Nr.:	217B.401A	Seite:	350
	41.0	Produktgruppen Text:	Gymnasien						
		Investitionsmaßnahme:	CEG, Generalsanierung						
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2015	Auszahlung:	-1.400.000	- 350.000	2017	Auszahlung:	0	0		
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				
2016	Auszahlung:	-100.000	0	2018	Auszahlung:	0	0		
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				
	VE:	-100.000	0		VE:				
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0		
Begründung:		ÖDP: Anbau Aufzugsanlage, um echte Barrierefreiheit zu erreichen, auch im Rahmen Inklusion und Umsetzung der Erklärung von Barcelona (STR-Beschluss vom 16.07.2002)							
Gutachten des		BWA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen						

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD-Fraktion		Antrags-Nr.: 161/14			
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	240090	Seite:	101	IP-Nr.:	217B.401A	Seite:	350
	41.1	Produktgruppen Text:	Gymnasien						
		Investitionsmaßnahme:	CEG, Generalsanierung						
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2015	Auszahlung:	-1.400.000	0	2017	Auszahlung:	0	- 150.000		
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				
2016	Auszahlung:	-100.000	- 200.000	2018	Auszahlung:	0	0		
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				
	VE:	-100.000	0		VE:				
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0		
Begründung:		SPD: Anbau einer Aufzugsanlage am Bestandsgebäude; zur barrierefreien Erschließung des Gymnasiums. Die Planungen sollen zeitnah aufgenommen werden, damit direkt im Anschluss an die Sanierung des CEG mit dem Anbau begonnen werden kann. Zudem sollen in den Haushalt 2016 und 2017 die erforderlichen Mittel (geschätzt 350.000 Euro) eingestellt werden.							
Gutachten des		BWA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen						

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		ÖDP		Antrags-Nr.: 151/14			
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	240090	Seite:	104	IP-Nr.:	365E.401	Seite:	354
	42	Produktgruppen Text:	Tageseinrichtungen für Kinder						
		Investitionsmaßnahme:	Ersatzbau für Lernstuben Villa						
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2015	Auszahlung:	0 €	-50.000	2017	Auszahlung:	-450.000	0		
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				
2016	Auszahlung:	-500.000	0	2018	Auszahlung:	0	0		
	Zuweisungen:				Zuweisungen:				
	VE:				VE:				
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0		
Begründung:		ÖDP: Planungsmittel für 2015, um den beschlossenen Planungsstopp aus 2014 wieder rückgängig zu machen. Investitionen ab 2016 gemäß GME-Grundlagenermittlung. Verwaltung: Planung und Ausführung durch GeWoBau; Ansätze 2016/2017 sind Baukostenzuschuss, Text und Kostenstelle werden von der Kämmerei geändert.							
Gutachten des		BWA/JHA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen						

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		Grüne Liste		Antrags-Nr.: 195/14			
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	410090	Seite:	174	IP-Nr.:	366B.404	Seite:	355

43		Produktgruppen Text: Einrichtungen der Jugendarbeit		Investitionsmaßnahme: Jugendclub Omega - Anbau			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2015	Auszahlung:	0	- 40.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	- 160.000	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-200.000	+ 200.000
Begründung:		GL: Sanierung Jugendclub Omega – siehe Arbeitsprogramm Seiten 164/165. Baukosten können durch Eigenleistungen gesenkt werden. 2015: Planungskosten. KFA-Bedarfsbeschluss v. 02.07.2014					
Gutachten des		KFA/BWA	Der Antrag wird		<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	mit.....gegen.....Stimmen

A		Finanzplan/Investitionen Beantragt von: F.W.G		Antrags-Nr.: 154 u. 156/2014			
		Lfd. Nr.: 44.0	Kostenstelle, Amt	24 + 41 Seite:	- IP-Nr.: 366.neu u. 551neu,538neu	Seite: -	
		Produktgruppen Text: Bedürfnisanlagen, Freizeitanlagen u. Grünanlagen		Investitionsmaßnahme: Sanitäranlagen an Spiel-, Freizeit- u. Grillflächen			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2015	Auszahlung:	0	- 100.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		FWG: Intensive Nutzung der Freizeitanlagen ohne WC- Möglichkeiten nur eingeschränkt möglich. Bislang unbefriedigender Zustand.					
Gutachten des		KFA/BWA	Der Antrag wird		<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	mit.....gegen.....Stimmen

A		Finanzplan/Investitionen Beantragt von: SPD-Fraktion		Antrags-Nr.: 159 u. 171/2014			
		Lfd. Nr.: 44.1	Kostenstelle, Amt	24 + 41 Seite:	- IP-Nr.: 366.neu u. 551neu,538neu	Seite: -	
		Produktgruppen Text: Bedürfnisanlagen, Freizeitanlagen u. Grünanlagen		Investitionsmaßnahme: Erhöhte Investition in Grün- und Sanitäranlagen			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		
2015	Auszahlung:	0	- 50.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		SPD: Erhöhte Investition in Grün- und Sanitäranlagen, Insbesondere sollen damit Steinvorrichtungen für Bodengrillroste und Behälter für Grillkohle angeschafft und Planungen für eine öffentliche WC-Anlage an einer der Grünanlagen (z. B. an der Schwabach) finanziert werden.					
Gutachten des		KFA/BWA	Der Antrag wird		<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	mit.....gegen.....Stimmen

A		Finanzplan/Investitionen Beantragt von: erlanger Linke		Antrags-Nr.: 215/2014	
		Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	24 + 41 Seite:	- IP-Nr.: 366.neu u. 551neu,538neu

44.2		Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:		Bedürfnisanlagen, Freizeitanlagen u. Grünanlagen Sanitäranlagen an Spiel-, Freizeit- u. Grillflächen			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
2015	Auszahlung:	0	- 20.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:			Zuweisungen:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
Begründung:				erLinke: Wir beantragen, im Haushalt 2015 die Mittel für Errichtung und Unterhalt von öffentlichen Toiletten am Spielplatz an der Schwabachanlage/an der Bleiche bereitzustellen. Wir beantragen, vorläufig 20.000 EUR im Haushalt einzustellen. Die genauen Kosten sind von der Verwaltung zu ermitteln.	später	Auszahlung:	0
Gutachten des KFA/BWA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		ÖDP		Antrags-Nr.: 151/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		240090	Seite: 105	IP-Nr.: 424.401	Seite: 356
	45	Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:		Bereitstellung u. Betrieb eigener Sporteinrichtungen Baumaßnahme Freibad West (EStW)			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	-5.600.000	- 250.000	2017	Auszahlung:	-2.950.000	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	-5.800.000	- 750.000	2018	VE:	0	0
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:	-4.000.000	0	Zuweisungen:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:	0	0
Begründung:				ÖDP: Bisheriges Hallenbauneubau ist mit sechs Schwimmbahnen geplant, jedoch deutlich zu klein ausgelegt für die Bedürfnisse der Schwimmstadt Erlangen. Diese sollen für den Schul-, Leistungs-, Vereins- und Breitensport um zwei Bahnen auf acht erweitert werden, um vorhandenen Bedarf zu decken.			
Gutachten des Sport/BWA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		ÖDP		Antrags-Nr.: 151/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		240090	Seite: 105	IP-Nr.: 538.400	Seite: 357
	46	Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:		Abwasserbeseitigung, Toilettenanlagen Öffentliche Toilettenanlagen Innenstadt			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 100.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:			Zuweisungen:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
Begründung:				ÖDP: Errichtung einer zentralen, barrierefreien, rollstuhlgerechten und jederzeit zugänglichen Toilette in der Erlanger Innenstadt.			
Gutachten des BWA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		Grüne Liste		Antrags-Nr.: 195/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: neu	IP-Nr.: 541.Neu	Seite: neu

47.0		Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:		Gemeindestraßen Infrastruktur Radverkehr			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 250.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:			Zuweisungen:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		<p>GL: Um den Stellenwert des Radverkehrs in Erlangen erhalten und ausbauen zu können, sind Maßnahmen notwendig, die über punktuelle Verbesserungen der Radwege hinausgehen und die bestehende IP 541.841 "Radwegnetz, Ausbau" sprengen würden. Dazu zählen z.B. "Stege über Schwabach, BP 344" (IP 541.832), "Radweg Regnitztal in Eltersdorf 'Flussparadies Franken'" (IP 541.834), "Geh-/Radweg Dechsendorf - Röttenbach" (IP 541.839), "Flutbrücke in den Regnitzgrund" (IP 541.842), "Fahrradabstellanlage Bahnhof" (IP 546.410), "Wegeerneuerung 'Sebalder Reichswald'" (IP 551.582). Viele dieser Maßnahmen sind im Vergleich zum Investitionsbetrag sehr komplex bei Grunderwerb und/oder Planung, zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen lässt sich oft nicht absehen, ob eine Maßnahme wirklich umgesetzt werden kann. Es sollen aber weder überschüssige Mittel bereit gestellt noch mögliche Maßnahmen plötzlich ohne Finanzierung da stehen. Diese neue IP soll daher als Sammeltopf dienen für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur im Radverkehr, um diese je nach Personalkapazität und/oder Planungsfortschritt mit Mitteln ausstatten und Grunderwerb bzw. Planungs- oder Bauleistungen umsetzen zu können.</p>					
Gutachten des		UVPA/BWA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 159 u. 183/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: neu	IP-Nr.: 541.Neu	Seite: neu
	47.1	Produktgruppen Text: Investitionsmaßnahme:		Gemeindestraßen Erhöhte Investitionen in Radwegverbindungen/Radabstellanlagen			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 200.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:			Zuweisungen:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		<p>SPD: Seit Jahren wird von vielen Radfahrerinnen und Radfahrern, aber auch Passanten die Abstell-situation von Fahrrädern in der Radlerstadt Erlangen bemängelt. An zentralen Stellen in der Stadt gibt es keine tauglichen und auch nicht genügend Abstellmöglichkeiten, sodass es häufig zu "chaotischem Wildwuchs" kommt. Im Fokus der Kritik ist besonders die Ostseite des Bahnhofs und die Situation um Gleis 1. Die SPD-Fraktion möchte deshalb 200.000 Euro für die Verbesserung dieser Situation bereit stellen. Damit sollen zunächst die in städtischem Eigentum befindlichen Flächen angegangen werden. Weiterhin erwarten wir, dass die Planungen für das Fahrradparkhaus vorangebracht werden. Auch um das Rathaus herum sind die Abstellanlagen sehr verbesserungswürdig. Wir bitten die Verwaltung auch für diesen Bereich um konkrete Vorschläge, die sukzessive umgesetzt werden sollen.</p>					
Gutachten des		UVPA/BWA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		erlanger Linke		Antrags-Nr.: 203/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: 264	IP-Nr.: 541.100	Seite: 358
	48	Produktgruppen Text:		Gemeindestraßen			

		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 100.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:				VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-100.000	+ 100.000
Begründung:		CSU: überfahrbare Mittelinsel, Querungsmöglichkeit der Weinstraße am Franzosenweg, CSU-Fraktionsantrag Nr. 061/2013 vom 23.04.2013, Beschluss UVPa vom 02.07.2013					
Gutachten des BWA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:	Grüne Liste, ÖDP, erLinke		Antrags-Nr.: 195, 151 u. 203/14		
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	66090	Seite: 267	IP-Nr.: 541.400	Seite: 358	
	50	Produktgruppen Text:	Gemeindestraßen				
		Investitionsmaßnahme:	Ortsumgehung Eltersdorf				
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	-120.000	+ 120.000	2017	Auszahlung:	- 50.000	+ 50.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	- 50.000	+ 50.000		2018	Auszahlung:	- 700.000
	Zuweisungen:			Zuweisungen:			
	VE:	- 50.000	+ 50.000	VE:			
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	- 6.000.000	+ 6.000.000
Begründung:		<p>GL: Die Entlastungswirkung einer Umgehungsstraße wird gemeinhin überschätzt. Selbst wenn diese Umgehungsstraße den Verkehr in Eltersdorf wie prognostiziert um rund 40 % reduzieren sollte, wird dies die Lebensqualität nicht verbessern, weil das menschliche Ohr keinen Unterschied feststellen kann. Eine stärkere Reduzierung des Lärms ist z.B. mit Flüsterasphalt möglich. Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten – für eine wirkliche Verkehrswende und keine neue Flächenversiegelung.</p> <p>ÖDP: Streichung der Planungskosten, da Projekt nicht mehr weiter verfolgt werden soll. Somit auch für die Folgejahre ab 2016 Mittelansatz auf 0 € abändern.</p> <p>erLinke: Streichung aller Ansätze. Diese Ortsumgehung versiegelt wertvolles Ackerland unter Asphalt. Sie verlagert die Belastung mit Lärm und Abgasen von einer Gruppe Eltersdorfer BürgerInnen auf eine andere Gruppe Eltersdorfer BürgerInnen. Sie gibt aber einen Anreiz, mehr Verkehrsaufkommen zu erzeugen. Damit schadet sie allen EltersdorferInnen. Jedenfalls sollte erst die geplante Verdichtung des S-Bahn- Taktes abgewartet werden, bevor neue Straßen parallel zur Bahnlinie geplant werden. Nachdem der Grunderwerb erst für 2018 vorgesehen ist (Projekt 541.359), kann vor Ende 2018 ohnehin nicht gebaut werden. Bis dahin ist noch genügend Zeit, gründlich zu überlegen, ob solche rückwärtsgerichteten Verkehrsumzgelungsmaßnahmen noch weiterführen.</p>					
Gutachten des UVPa/BWA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:	Grüne Liste		Antrags-Nr.: 195/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt	66090	Seite: 268	IP-Nr.: 541.411	Seite: 358
	51	Produktgruppen Text:	Gemeindestraßen			
		Investitionsmaßnahme:				

Investitionsmaßnahme: Hedenusstr., Erneuerung zw. Schallershofer u. Dom-pfaffstr							
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	- 10.000	+ 10.000	2017	Auszahlung:	0	- 10.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	- 290.000	0
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		GL: Erfahrung aus Diskussion Lorlebergplatz: kein großer Abstand zwischen Planung und Umbau einer Anliegerstraße, daher Planung nach hinten schieben.					
Gutachten des		UVPA/BWA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von: erlanger Linke		Antrags-Nr.: 203/14			
A	Lfd. Nr.: 52	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: 268		
		Produktgruppen Text: Gemeindestraßen		IP-Nr.: 541.520	Seite: 358		
		Investitionsmaßnahme: Erschließungsstr. Gewerbegebiet Geisberg					
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	0	2017	Auszahlung:	-400.000	+ 400.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	-25.000	+ 25.000	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	-900.000	+ 900.000
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	-1.400.000	+ 1.960.000
Begründung:		erLinke: Streichung aller diesbezüglicher Mittelansätze. Wir sind nach wie vor gegen die Versiegelung wertvollen Ackerlandes für eine flache und lockere Gewerbeansiedlung. Wir setzen weiterhin auf Lückenschluss und Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zur Unterbringung weiterer dringend benötigter Gewerbebauten.					
Gutachten des		BWA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von: Grüne Liste		Antrags-Nr.: 195/14			
A	Lfd. Nr.: 53	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: 269		
		Produktgruppen Text: Gemeindestraßen		IP-Nr.: 541.610	Seite: 358		
		Investitionsmaßnahme: Bushaltestellen					
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um um EUR
2015	Auszahlung:	-70.000	- 30.000	2017	Auszahlung:	-50.000	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	-70.000	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	-50.000	0
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	-50.000	0
Begründung:		GL: ÖPNV muss bis 2022 barrierefrei nutzbar sein. Bei Sanierung von Bushaltestellen sollen diese daher unter Ausnutzung von Synergieeffekten gleich auch nach aktuellem Standard barrierefrei ausgebaut werden.					
Gutachten des		BWA/UVPA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von: ÖDP		Antrags-Nr.: 151/14	
A	Lfd. Nr.: 54.0	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: 270
		Produktgruppen Text: Gemeindestraßen		IP-Nr.: 541.821	Seite: 359
		Investitionsmaßnahme: Geh-/Radweg Verbindung Bruck-Frauenaurach			

		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 10.000	2017	Auszahlung:	0	- 490.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	- 200.000	2018	Auszahlung:	-10.000	+ 10.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	0	- 100.000		VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-690.000	+ 690.000
Begründung: ÖDP: Planungen in 2015 (anstatt 2018) und Ausbau somit drei Jahre früher in 2016 beginnen.							
Gutachten des BWA/UVPA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD-Fraktion		Antrags-Nr.: 159/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: 270	IP-Nr.: 541.821	Seite: 359
	54.1	Produktgruppen Text:		Gemeindestraßen			
		Investitionsmaßnahme:		Geh-/Radweg Verbindung Bruck-Frauenaurach			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 10.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	Auszahlung:	-10.000	+ 10.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	0	0		VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-690.000	0
Begründung: SPD: -							
Gutachten des BWA/UVPA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		CSU, SPD, F.W.G., erLinke		Antrags-Nr.: 154,156,159, 200, 205/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: 277	IP-Nr.: 541.841	Seite: 361
	55.0	Produktgruppen Text:		Gemeindestraßen			
		Investitionsmaßnahme:		Radwegenetz, Ausbau			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	- 50.000	- 50.000	2017	Auszahlung:	-50.000	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	-50.000	0	2018	Auszahlung:	-50.000	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:				VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-50.000	0
Begründung: CSU: - SPD: - F.W.G: Weiterentwicklung und Ausbau des Radwegenetzes und Hochwasserschutzmaßnahmen. erLinke: Es sind in 2015 nur 50.000 Euro eingesetzt. Es existiert aber ein Beschluss des UVPA, dass jährlich 100.000 Euro einzusetzen sind. Wir fordern, mindestens die letztere Summe einzusetzen. Dies ist auch dringend erforderlich, angesichts des unzumutbaren Oberflächenzustands vieler Radwegstrecken. Wissenschaftlich nachgewiesen: Durch zunehmenden Stickstoff in der Luft wachsen Bäume, und damit auch Baumwurzeln (Sturzfallen für RadfahrerInnen), schneller.							
Gutachten des BWA/UVPA Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		ÖDP		Antrags-Nr.: 151/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		660090	Seite: 277	IP-Nr.: 541.841	Seite: 361
	55.1	Produktgruppen Text:		Gemeindestraßen			
		Investitionsmaßnahme:		Radwegenetz, Ausbau			

		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um			Ansatz Entwurf EUR	+/- Ände- rung um EUR
2015	Auszahlung:	- 50.000	- 25.000	2017	Auszahlung:	-50.000	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	-50.000	0	2018	Auszahlung:	-50.000	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:				VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-50.000	0
Begründung:	ödp: Den für Erlangens Größe und auf den Radfahreranteil in Erlangen sehr geringen Betrag um 50 % erhöhen, um Infrastruktur auszubauen für die „Fahrradfreundlichste Stadt Bayerns“						
Gutachten des	BWA/UVPA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		erlanger Linke		Antrags-Nr.: 203/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		660090	Seite:	274	IP-Nr.: 541S.70 Seite: 360
	56	Produktgruppen Text:		Gemeindestraßen			
		Investitionsmaßnahme:		Bismarckstr., Ausbau			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	0	2017	Auszahlung:	- 940.000	+ 940.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	- 60.000	+ 60.000	2018	Auszahlung:	- 420.000	+ 420.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	0	0		VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	- 200.000	+ 200.000
Begründung:	erLinke: Streichung aller bisheriger Mittelansätze und Zweckbestimmungen. Neueinsetzen einer angemessenen Summe für Mediation und Moderation des Bürgerdialogs. Sie, sehr geehrter Herr Dr. Janik, haben sinnvollerweise den bisherigen Umplanungsprozess erst mal gestoppt, um gründlich zu eruiieren, was mit den AnwohnerInnen im Konsens verändert werden kann. Das wird Zeit brauchen. Wenn man dann weiß, was tatsächlich geändert werden kann, ist es so weit, dass man einen passenden Mittelansatz in den dann aktuellen Haushaltsplan einzusetzen kann.						
Gutachten des	BWA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 159/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		660090	Seite:	-	IP-Nr.: 546.neu Seite: -
	57	Produktgruppen Text:		Parkeinrichtungen			
		Investitionsmaßnahme:		Fahrradabstellungen auf städtischen Flächen			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 10.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	0	0		VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:	SPD: Planung						
Gutachten des	BWA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		CSU		Antrags-Nr.: 197 u. 200/14	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		240090	Seite:	-	IP-Nr.: 573.neu Seite: -
	58	Produktgruppen Text:		Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen			

Investitionsmaßnahme: Vereinsheim Eltersdorf, Neubau; Sanierung Egidi- enhaus							
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um			Ansatz Entwurf EUR	+/- Ände- rung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 100.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	0	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		CSU: Planung, hierzu auch gesonderter schriftlicher Antrag der CSU-Stadtratsfraktion					
Gutachten des BWA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		CSU		Antrags-Nr.: 200/14	
Lfd. Nr.:		Kostenstelle, Amt		410090		Seite: 175	
A		Produktgruppen Text:		Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen			
59		Investitionsmaßnahme:		Begegnungszentrum E-West, Bau			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2015	Auszahlung:	0	- 130.000	2017	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2016	Auszahlung:	0	- 600.000	2018	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	-6.247.000	+ 730.000
Begründung:		CSU: Planungskosten, Architektenwettbewerb					
Gutachten des BWA/KFA		Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/63

Verantwortliche/r:
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
63/019/2014

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63);
siehe Arbeitsprogramm 2015 in gebundener Form; Seite 319 - 324**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2015 für das Bauaufsichtsamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Bauaufsichtsamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2015 für das Bauaufsichtsamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlage: Arbeitsprogramm 2015 des Bauaufsichtsamtes

III. Abstimmung
siehe Anlage

- IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/241

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
241/010/2014

Fachamtsbudget des GME, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2015 für das Gebäudemanagement (Amt 24) wird zugestimmt. Der Höhe des Gesamtbudgets für das Gebäudemanagement (Amt 24) wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss.
2. Das Arbeitsprogramm 2015 des Gebäudemanagements (Amt 24) wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Das Arbeitsprogramm 2015 des Gebäudemanagements (Amt 24) ist als Arbeitsgrundlage inhaltlich zu beschließen.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/028/2014

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015 des Tiefbauamtes (Amt 66) siehe Arbeitsprogramm 2015 in gebundener Form ab Seite 325 - 331

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----	-------------	------------

Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.11.2014	Ö	Beschluss	
---	------------	---	-----------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2015 für das Amt 66 wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt 66 wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2015 für das Amt 66 wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm 2015 des Tiefbauamtes

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich-	1
------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 1.1 Anfrage von Frau Stadträtin Grille in der Sitzung des BWA am 16.09.20 Mitteilung zur Kenntnis 63/016/2014	5
TOP Ö 1.2 Operatives Zentrum - Neubau Funktionsbau (Zustimmungsverfahren) Mitteilung zur Kenntnis 63/017/2014	6
Lageplan 63/017/2014	7
TOP Ö 2 Änderung der Satzung über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen Beschlussvorlage 30-R/015/2014	8
Anlage_Änderung_StS 30-R/015/2014	9
TOP Ö 3 Baumaßnahme EB 77: Neubau Verwaltungsgebäude mit Sozialtrakt und Pforte Beschlussvorlage EB77/002/2014/1	10
14-11-11 ebv Baumaßnahme EB 77 Beschlussvorlage Anlage Grundrisse EB714	
TOP Ö 4.1 Errichtung einer Terrassenüberdachung Beschlussvorlage 63/015/2014	22
Lageplan 63/015/2014	24
TOP Ö 4.2 Anbau an das bestehende Einfamilienhaus Beschlussvorlage 63/018/2014	25
Anlage 1: Lageplan 63/018/2014	27
Anlage 2: Foto 63/018/2014	28
TOP Ö 5.1 Mittelbereitstellung zugunsten Amt 52 für IP-Nr. 424F.400 Neubau Bürg Beschluss Mittelbereitstellung Stand: 04.11.2014 242/037/2014	29
TOP Ö 6 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2015; Beschlussvorlage 113/002/2014	32
Anlage Auszug aus der Verwaltungsvorlage Nov. 2014 113/002/2014	33
TOP Ö 7.2 Fraktionsantrag 216/2014 zum Haushalt 2015: Sanierung Schultoiletten Beschlussvorlage 24/005/2014	36
Antrag Nr. 216/2014 24/005/2014	37
TOP Ö 7.3 Fraktionsantrag 161/2014 vom 21.Oktober 2014 zum Haushalt 2015; Antra Beschlussvorlage 24/006/2014	38
Antrag Nr. 161/2014 24/006/2014	40
TOP Ö 7.4 Fraktionsanträge 217/2014 und 202/2014 zum Haushalt 2015: Sanierung F Beschlussvorlage 24/007/2014	41
Antrag Nr. 202/2014 24/007/2014	42
Antrag Nr. 217/2014 24/007/2014	45
TOP Ö 7.5 Fraktionsantrag 198/2014 vom 21. Oktober 2014 zum Haushalt 2015: Sani Beschlussvorlage 24/008/2014	46
Antrag Nr.198/2014 24/008/2014	48
TOP Ö 7.6 Fraktionsantrag 177/2014 zum Arbeitsprogramm 2015: Bürgerhaus für Kri Beschlussvorlage 24/009/2014	49
Antrag Nr. 177/2014 24/009/2014	51
TOP Ö 7.7 Fraktionsanträge 163/2014 und 202/2014 zum Haushalt 2015: Realisierun Beschlussvorlage 24/010/2014	52
Anlage 1: Antrag Nr. 163/2014 24/010/2014	54
Anlage 2: Antrag Nr. 202/2014 24/010/2014	55
Anlage 3: Stadtteilhaus-Flachen 24/010/2014	58
TOP Ö 7.8 Vereinsräume für Eltersdorf - Fraktionsantrag 197/2014	

Beschlussvorlage 241/013/2014	59
Fraktionsantrag197_2014 241/013/2014	61
TOP Ö 7.9 Machbarkeitsuntersuchung des Theaterquartiers zur Optimierung der vor	
Beschlussvorlage 241/014/2014	62
Fraktionsantrag167_2014 241/014/2014	64
TOP Ö 7.10 SPD-Fraktionsantrag Nr. 183/2014	
Beschlussvorlage 66/029/2014	65
Anlage 1 - Fraktionsantrag 66/029/2014	67
TOP Ö 7.11 Fraktionsantrag erlanger linke Nr. 205/2014	
Beschlussvorlage 66/030/2014	68
Anlage 1 - Fraktionsantrag 66/030/2014	70
TOP Ö 7.12 Kreuzung Frauenaauracher Straße / Gundstraße / Am Hafen	
Beschlussvorlage 66/031/2014	72
Anlage 1 - Fraktionsantrag 66/031/2014	73
TOP Ö 7.13 Vorziehen bereits eingestellter Projekte	
Beschlussvorlage 66/032/2014	74
Anlage 1 - Fraktionsantrag 66/032/2014	76
TOP Ö 7.14 Vorziehen bereits eingestellter Projekte	
Beschlussvorlage 66/033/2014	79
Anlage 1 - Fraktionsantrag 66/033/2014	80
TOP Ö 7.15 Vorziehen bereits eingestellter Projekte	
Beschlussvorlage 66/034/2014	81
Anlage 1 - Fraktionsantrag 66/034/2014	82
TOP Ö 8 Haushalt 2015 - Änderungsanträge Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt / In	
Beschlussvorlage VI/013/2014	84
Ergebnishaushalt VI/013/2014	85
Finanzplan/Investitionen VI/013/2014	87
TOP Ö 9.1 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015 des Bauaufsichts	
Beschlussvorlage 63/019/2014	99
TOP Ö 9.2 Fachamtsbudget des GME, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015	
Beschlussvorlage 241/010/2014	100
TOP Ö 9.3 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2015 des Tiefbauamtes	
Beschlussvorlage 66/028/2014	101
Inhaltsverzeichnis	102